

Bezugspreis:
Vierteljährlich 36.— M., monatlich 12.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.— M., einjährig 120.— M.
Stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saars- und
Westpreußen, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 22.— M. für
das übrige Ausland 24.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Drimwelt“ und der
Beilage „Gedank und Aberglaube“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die druckspaltige Komposition
kostet 6.— M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Blatt Wort 2.— M. (zu-
willing zwei fertige Blatt). Jedes
weitere Wort 1.— M. Stellengeld
und Schlußzeilenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Stelle 3.50 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerlegungsgeld.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Druckgeschäft Berlin SW 8, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 12. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verlag, Expedition und Anzeigen-
Fernsprecher: Abteilung Moritzplatz 11753-54

Schlechte Nachricht aus Genf!

Genf, 11. Oktober. (WZB.) Wenn man den heute
hier vorliegenden, natürlich rein privaten Informationen
Glauben schenken kann, dann kann kaum mehr ein
Zweifel darüber bestehen, daß der Völkerbundrat
schließlich die Teilung Oberschlesiens, und zwar auch des
Industriegebietes, beschlossen hat. Ueber die dem Obersten Rat
vorgelegende Grenzlinie ist naturgemäß nichts Sicheres
und nichts Endgültiges zu erfahren. In Kreisen, die dem
Völkerbund nahe stehen, verläutet aber mit Bestimmtheit, daß
die Grenze ein
Kompromiß zwischen den beiden Sforza-
Linien

darstellt. Danach soll an Polen fallen: Rybnik, Pleß,
der in den Kreis Pleß hineinragende Südzügel des
Kreises Hindenburg, Kattowich-Stadt und
-Land, der Ostteil des Landkreises Beuthen ohne die
Stadt und Teile der Kreise Tarnowich und Lublinitz
ohne die Städte. Was die rein deutsche Stadt Königs-
hütte betrifft, wird von einer für Polen günstigen Lösung
gesprochen. Neben den Bestimmungen über die neue Grenze
soll das Gutachten des Völkerbundrates eine Fülle von teil-
weise sehr verwickelten Bestimmungen enthalten über
technische und wirtschaftliche Fragen, deren
redaktionelle Ausarbeitung auf große Schwierig-
keiten stößt. Von den Mitgliedern des Völkerbundrates
wird jede weitere Auskunft über die Grenzlinie verweigert.

Die schwere Krise, auf die wir bereits gestern hinwiesen
und die den Fortbestand des Kabinetts Wirth ernstlich in
Frage stellt, hat infolgedessen keine Verschlimmerung erfahren,
als die für gestern abend in Aussicht genommene Kabinettsitzung
verlagt wurde, da man, und mit Recht, positive und au-
thentische Nachrichten über die Entscheidung des Völkerbund-
rates abwarten will, ehe man derartig schwerwiegende Ent-
schlüsse trifft, wie jene, auf die von seiten einzelner Mitglieder
der Reichsregierung gedrängt wird. Auch die vom Vorkon-
ferenz-Dr. Stresemann für heute einberufene Sitzung des Aus-
wärtigen Ausschusses ist aus demselben Grunde auf
einen späteren Termin verschoben worden.

Nichts wäre in der jetzigen Situation verheerlicher, als über-
stürzte Maßnahmen. Was aber für die verantwortlichen
Staatsmänner gilt, sollten auch die Leiter der öffentlichen
Meinung beherzigen. Auch die Presse darf die Nerven
nicht verlieren und sollte sich von Augenblicks-
stimnungen soweit wie möglich freihalten. Drohungen
auszusprechen, wie es Th. Wolff in seinem Montagartikel im
„B. L.“ tat, als er den Gedanken eines wirtschaftlichen
Bonkotts Polens propagierte, erscheint uns um so be-
denklicher, als gerade die erwähnte Maßnahme im Wider-
spruch zu gewissen Klauseln des Vertrages von Versailles
stehen würde, die sämtliche alliierten Staaten ausdrücklich
davor schützen. Durch derartige Auslassungen einflussreicher
deutscher Blätter riskieren wir, uns vor aller Welt ins Un-
recht zu setzen, und zwar gerade in dem Augenblick, wo wir
es am nötigsten hätten, besonders auf unser gutes, verbrieftes
Recht in der oberschlesischen Frage zu pochen.

Für ebenso unklug erachten wir gewisse Stellen des
gleichen „B. L.“-Ausganges, die geeignet sind, unser Ver-
hältnis mit der Tschechoslowakei zu trüben. Es ist leider
richtig, daß in einem gewissen Stadium des oberschlesischen
Problems der Prager Außenminister Dr. Beneš sich in
einem Sinne betätigt hat, der unseren Interessen durchaus
entgegengesetzt war. Auch forderten einzelne seiner Reden
im tschechischen Parlament vor Monaten den schärfsten
Widerspruch heraus.

Doch dürfte man aus diesen bedauerlichen Reminiszenzen
und im Zusammenhang mit dem Umstand, daß einer der
beiden vom Völkerbundrat hinzugezogenen Sachverständigen
ein Tscheche war, nicht so weitgehende Schlüsse ziehen, wie
Th. Wolff, und die Prager Regierung für die ungünstige Wen-
dung der Dinge in Genf gewissermaßen verantwortlich zu
machen. Der Chefredakteur des „B. L.“ geht sogar weiter und
er rollt im Anschluß daran das deutsch-böhmische Problem
in Worten auf, die bereits, wie einzelne Blätterstimmen aus
Brag beweisen, ein sehr unerfreuliches Echo erweckt haben.
Selbst wenn die Aufregung Wolffs und seine vergleichenden
Hinweise noch so berechtigt wären, so täte man besser, in dem
jetzigen Augenblick gewisse Fragen unberührt zu lassen, die
nur eine Spannung zwischen Deutschland und einem Nach-
barstaat hervorrufen können, mit dem wir bisher in guten
Beziehungen gestanden haben und weiter stehen wollen.
Alles in allem ist den periodischen Nervenschmerzern dringend
zu raten, im Interesse des Reiches etwas mehr an sich zu
halten.

Früherer Zusammenritt des Reichstags? Der Reichstag soll,
wie eine Berliner Korrespondenz meldet, wahrscheinlich schon am
25. Oktober wieder zusammentreten, da der Reichsrat die
Steuervorlagen in den nächsten beiden Wochen verabschiedet
wird.

Wird sich England fügen?

London, 11. Oktober. (WZB.) Verschiedene Blätter stellen
offenbar auf Grund offizieller Informationen fest, daß London we-
der die Möglichkeit noch die Absicht habe, auf die Ent-
scheidung des Völkerbundrates in Sachen Oberschlesien einzu-
wirken. Der „Daily Telegraph“ bezeichnet etwaige Versuche Berlins,
gegen eine solche Entscheidung in London Hilfe zu suchen, wegen der
Gebundenheit Londons als aussichtslos.

London, 11. Oktober. (WZB.) Zu den verschiedenen Ge-
rächten über Empfehlungen mit Bezug auf Oberschlesien erzählt
Reuter: Die Lage ist die, daß die Premierminister der Alliierten
in Paris erklärt haben, sie würden die Empfehlungen des Völker-
bundrates annehmen. Seit dieser Zeit haben die Mächte
keinen Anteil mehr an der Frage genommen, weder direkt
noch indirekt.

London, 11. Oktober. (WZB.) Wie Reuter erfährt, werden
die Beschlüsse der für Oberschlesien besonders ernannten Mitglieder

Die städtischen Betriebe

sind von der sozialistischen Mehrheit schlecht geleitet
und machen Defizit, so behaupten die bürgerlichen Parteien
in Presse und Flugblättern. Die Berliner Gemeinde-
betriebe haben aber schon seit Jahren
unter der bürgerlichen Herrschaft Zuschüsse
gebraucht, aber gerade
unter sozialistischer Verwaltung
begannen die Betriebe wirtschaftlich zu gesunden, und die
Straßenbahn wirft Ueberschüsse ab.

Das ist den bürgerlichen Eignern natürlich sehr unangenehm
und sie verschweigen oder verdrehen es. Der beste
Beweis für die gute Entwicklung der städtischen Betriebe
unter der sozialistischen Mehrheit ist aber die Tatsache, daß
das Privatkapital
die Betriebe zur Ausbeutung erhalten möchte. Ver-
derbt den Herrschaften am 16. Oktober die Rechnung,
sichert die sozia-
listische Mehrheit! Wählt SPD.!

des Völkerbundes sofort dem Räte des Bundes in Genf vorgelegt
werden. Sobald der Rat diese Beschlüsse bestätigt hat, werden sie
dem Obersten Räte unterbreitet werden. Bisher hat
die britische Regierung keine Mitteilung über die Beschlüsse
und hat auch keine Anfrage deswegen ergehen lassen.

Genf, 11. Oktober. (WZB.) Die hier weilenden Vertreter
Oberschlesiens haben aus ihren Unterhaltungen mit Mitgliedern des
Völkerbundrates und Sachverständigen im allgemeinen den Ein-
druck gewonnen, daß sich die meisten maßgebenden Persönlichkeiten
durchaus Rechenhaft ablegen über die katastrophalen
wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die eine
Teilung Oberschlesiens nach sich ziehen würde. Diese Erkenntnis
vermagte aber offenbar nicht gegen politische Gesichts-
punkte aufzukommen, die von anderer Seite vertreten werden,
und scheint daher ihren Ausdruck nur in verschiedenen Kompromiß-
vorschlägen zu finden, mit deren Hilfe man wenigstens theoretisch
die unausbleiblichen unmittelbaren Folgen einer politischen Lösung
eindämmen möchte.

Erhöhte Truppenbereitschaft in Oberschlesien.

Paris, 11. Oktober. (Dena.) Wie der Masin meldet, haben
die Truppenteile in Oberschlesien die Anweisung ihrer Re-
gierungen erhalten, sämtliche Truppenkontingente vom Mittwoch
ab in erhöhter Bereitschaft zu halten. Vom Tage der Ent-
scheidung der oberschlesischen Frage durch den Völkerbundrat ab wird
über Oberschlesien der kleine Belagerungszustand ver-
hängt werden, um etwaige Anrufen im Keime zu ersticken.

Eine Ehrung Rollets.

Paris, 11. Oktober. (WZB.) Der Ministerrat hat die Er-
nennung des Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkom-
mission in Deutschland, General Rollet, zum Mitglied des Ober-
sten Kriegsrates genehmigt. General Rollet tritt damit an
die Stelle des Generals Rivelle, der in den Ruhestand versetzt wird.
Diese Ernennung bedeutet nicht den Weggang Rollets von
Berlin, denn die Mitglieder dieses Obersten Kriegsrates, der im
Frieden wenig zu sagen hat, brauchen nicht ständig am Tagungsort
zu sein. General Rivelle hatte im französischen Kriegsbeere seit dem
Erauen von Verdun den ehrenvollen Beinamen des „Blutkäufers“.

Der Parteitag von Mailand.

Rom, den 6. Oktober 1921.

Am 10. Oktober trat in Mailand der 18. italienische
Parteitag zusammen, nicht ganz zehn Monate nach dem Parteitag
von Livorno. Die verfrühte Einberufung ist unter der
Voraussetzung erfolgt, daß die Beschlüsse dieses Kongresses
nicht mehr als Ausdruck des Willens der Parteimehrheit gelten
könnten.

Diese Voraussetzung stellt sich schon heute als richtig dar.
Die vorbereitenden Versammlungen zum Parteitag haben ge-
zeigt, was übrigens niemand in Erwägen setzen sollte, daß
in dem wesentlichen Punkt, um den sich auch in Mailand die
Diskussion hauptsächlich drehen wird, in der Frage der Mit-
arbeit in bürgerlichen Regierungen, die Parteimehrheit heute
noch auf demselben Standpunkt steht, wie in Livorno,
nämlich entschlossen ist, diese Mitarbeit abzulehnen.

Es ist schon heute mit Klarheit abzusehen, daß von den
drei Fraktionen, die einander in Mailand gegenüberstehen
werden, die sogenannten „Einheitsmaximalisten“ die Mehrheit
auf ihrer Seite haben werden. In Livorno nannten sie sich
„Einheitskommunisten“, hätten denselben Führer, den sie heute
haben, nämlich den Chefredakteur des „Avanti“, Genossen
Serrati, hatten aber den vorwiegend aus „reinen Kommu-
nisten“ bestehenden Parteivorstand gegen sich. Heute besteht
auch der Parteivorstand aus „Einheitsmaximalisten“.

Ihnen gegenüber stehen die „Rechtssozialisten“, die in
Reggio Emilia gegründete „sozialistische Konzentration“, deren
Führer Turati ist und zu der alle Leiter der Konföderation
der Arbeit sowie die größere Hälfte der Parlamentsfraktion
gehören. Ihre politische Haltung ist bekannt. Sie sind der
Ansicht, daß es im Interesse des Proletariats und in dem der
revolutionären Entwicklung liege, in der heutigen schwersten
Krise die Mitarbeit der klassenbewußten Arbeiterschaft
nicht zu verweigern. Zu dieser Auffassung sind die Re-
formisten nicht durch den Wunsch gekommen, das bürgerliche
Regime vor dem Zusammenbruch zu bewahren, sondern aus
der Ueberzeugung heraus, daß der heutige Tiefstand des ge-
samten sozialen Lebens nicht eine revolutionäre
Krise sei, die zu einer neuen höheren Gesellschaftsordnung
hinüberleitet, sondern ein krankhafter Zustand des ge-
samten Gesellschaftskörpers, der die Kulturgüter der Ge-
samtheit gefährdet und daher die Abwehr der Gesamt-
heit, also auch des Proletariats, heischt.

In allen Ländern Europas haben der Krieg und seine
Folgen ähnliche Fragen gezeitigt. In genau derselben For-
mulierung, in der sie den Mailänder Kongreß beschäftigten
wird, stand die Frage vor dem Parteitag von Livorno und
wurde dort von der Mehrheit in dem Sinne gelöst, daß es im
Interesse des Proletariats liege, die heutige Krise bis zum
Zusammenbruch des bürgerlichen Regimes zu verschärfen.

Seitdem sind zehn Monate ins Land gegangen. Die Krise
hat sich, auch ohne das Zutun unserer Taktik, ganz von selbst
verschärft: offizielle Statistik sprechen von einer halben
Million Arbeitsloser, mit jedem Tage werden neue
Betriebe eingestellt, die italienische Ura ist nicht den vierten
Teil wert, wie der Schweizer Franken, auswärtiges Kapital
legt seine Hände auf die leistungsfähigsten Industrien des
Landes, man beginnt mit dem Abbau der Löhne, ob-
wohl die Preise der Lebensmittel in einem Maße an-
steigen, wie noch nie zuvor. Aber trotz dieser Krise ist
nichts von einer Erschütterung der Klassenherrschaft, von
einem Verfall des bürgerlichen Regimes zu bemerken. Im
Gegenteil: die italienische Bourgeoisie ist sich ihrer Interessen
klarer bewußt als je zuvor, hat längst mit all den sentimentalen
Rückschritten gebrochen, die in Italien den Klassen-
kampf lange Zeit, trotz gelegentlicher gewalttätiger Episoden,
verschleiert haben. Sie hat das Proletariat abgerüstet, so
gründlich, wie das keine andere Bourgeoisie getan, hat eine
mächtige Polizeiorganisation geschaffen, die „Guardia
Regia“, wie man sie sich an Zahl und Bewaffnung vor dem
Kriege nicht einmal hätte träumen lassen. Sie stellt sich im
Faschismus auf den Standpunkt der systematischen gewalt-
samen Abwehr proletarischer Forderungen. Die ganze bür-
gerliche Jugend, die noch vor zwanzig Jahren sozialistische
Sympathien aufwies, ist heute nationalsozialistisch
oder clerikal. Wir stehen im Zeichen einer tiefgehenden,
stets mehr um sich greifenden Reaktion, die gar nicht nach
Selbstaufgabe der herrschenden Klasse ausieht.

Andererseits hat seit dem Friedensschluß das Proletariat
in keiner Weise Fortschritt gemacht auf dem Wege
der revolutionären Organisation. Wohl hat es
seine Lebenshaltung gewaltig gehoben, aber trotz der Partei-
tagsbeschlüsse, die schon im Jahre 1919 die Schaffung der
Sowjets in Italien anordneten, trotz der öffentlichen Samm-
lungen für die „Waffen zum proletarischen Entscheidungs-
kampf“ ist das Proletariat heute weder zur Uebernahme der
Wirtschaft des Landes vorbereitet noch bewaffnet und einge-
ordnet zum gewalttätigen Sturz der Bourgeoisie.

Diese Entwicklung scheint der Ansicht der Maximalisten
zu widersprechen, daß das Land einer Revolution entgegen-
treibe; man hat vielmehr den Eindruck, als ob wir, nach ver-
pöhter Revolution, mitten in der Reaktion stünden.
In Bologna (Oktober 1919) war diese Entwicklung noch nicht

zu erkennen. In Livorno lag sie bereits in all ihren wesentlichen Elementen vor. Heute ist sie deutlich greifbar und hat auch schon von proletarischer Seite ihre öffentliche Anerkennung gefunden in der Abwehrkämpfe der Gewerkschaften.

Trotzdem wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Parteitag von Mailand auf demselben theoretischen Standpunkt beharren, wie die beiden vorigen. Die Mehrheit wird noch einmal dem Wahne überlassen, die Revolution stünde vor der Tür, und wird ein formales Veto einlegen gegen die Möglichkeit, ein bürgerliches Kabinett zu unterstützen oder gar sozialistische Minister in ein solches zu senden.

Die Maximalisten glauben, durch dieses Verhalten die Bourgeoisie zum Bankrott zu treiben. Die Turatianer dagegen sind der Überzeugung, daß man auf diese Weise die Bourgeoisie in die Zwangslage setzt, sich selbst zu helfen, mit den eigenen Kräften, und so einen bürgerlichen Block zustande bringt, in dem die Maximalisten und die Rationalisten eine ausschlaggebende Rolle spielen.

In den italienischen Massen herrscht die Illusion vor, daß sie ihre verbesserten Arbeitsbedingungen, die sich doch direkt aus dem Kriege ergaben, der „maximalistischen Taktik“ zu danken hätten. Das ist nichts anderes als eine irrige Deutung sozialer Tatsachen. Eine „maximalistische Taktik“ im Parlament haben wir nie gehabt. Die Fraktion hat nie auf eine Gelegenheit verzichtet, Vorteile für das Proletariat zu erringen. Wenn irgendwo Massenentlassungen bevorstanden, so hat sie nie gesagt: „Je schlimmer, desto besser, es lebe die Revolution!“, sondern die sozialistischen Abgeordneten sind zu den Ministern gepilgert, haben öffentliche Arbeiten gefordert, Preissenen gegen die Unternehmer, damit diese die Betriebe nicht schließen, usw. Man hat wohl gegen die Regierung gestimmt, aber die sozialistischen Abgeordneten haben hinter den Kulissen immer für die gegenwärtigen Interessen des Proletariats gewirkt. Sie haben das getan, mit anderer Technik, als es die bürgerlichen Abgeordneten taten, nicht, indem sie zum Dank ihr Votum versprachen, wohl aber, indem sie Unruhen, lokale Aufstände, Skandale von der Tribüne des Parlamentes androhten.

Wenn die Mehrheit heute auf dem „Verharren bei der glorreichen revolutionären Taktik“ besteht, so macht sie es sich nicht klar, daß sie diese Taktik vorläufig noch nicht angewendet hat, sondern sich ihrer Abgeordneten immer als Wähler und Schützer proletarischer Gegenwartsinteressen bedient hat, obwohl das natürlich Verbindlichkeiten einschloß. Die Taktik von Bologna und Livorno bedeutet, daß das Proletariat im entscheidenden Augenblick, wenn die Regierung einen Anhalt nach rechts oder nach links braucht, den Anhalt nach links verweigert, und so die Regierung zwingt, sich nach rechts und nach den Maximalisten hin zu wenden. Ist aber einmal der bürgerliche Block, dank der maximalistischen Taktik, eine Tatsache geworden, dann werden auch die 125 sozialistischen Abgeordneten ihren heutigen ausschlaggebenden Einfluß auf die parlamentarische Lage eingebüßt haben. Dann ist der Weg frei für die „außerparlamentarische Aktion“, von der man so viel redet und so wenig merkt.

Außer den Maximalisten und der sozialistischen Konzentration werden in Mailand noch andere Gruppen das Wort fordern. Wir haben diesmal auch eine vom Abgeordneten Alessandri geführte Fraktion der „einheitlichen Aktion“, die etwas mehr rechts steht als die Maximalisten und etwas mehr links als die Turatianer, die vermitteln möchte und nur verwirren wird. Schließlich wird sich von den Maximalisten noch eine Gruppe abspalten, die unter der Führung von Maffi und Riboldi die Ausstoßung der Reformisten verlangt, im Sinne der von den italienischen Delegierten in Moskau eingegangenen Verpflichtungen. Dieser Versuch einer neuen Parteipaltung dürfte aber an dem ernstesten Einheitswillen der Mehrheit der Maximalisten scheitern.

Mailand, 10. Oktober. Heute vormittag um 9 Uhr wurde der 18. Kongreß der Sozialistischen Partei Italiens eröffnet. Der Parteisekretär Bacchi hielt die Begrüßungsrede. Zwei Forderungen, führte er aus, stelle das italienische Proletariat: daß die Sozialistische Partei qualitativ dieselbe bleibe wie bisher und daß sie zusammenhalte. Bacchi betonte seine lebhafteste Sympathie für das revolutionäre Russland und erklärte unter starkem Beifall, daß diese Sympathie auch die der Sozialistischen Partei wäre. — Nach Bacchi sprach der Vertreter der kommunistischen Partei Frankreichs, der heftige Angriffe gegen die Reformisten richtete und dabei wiederholt stürmisch unterbrochen wurde. Er erklärte, daß zwei so entgegengesetzte Strömungen, wie die Mitarbeit in bürgerlichen Regierungen und die sozialistische Taktik, nicht nebeneinander in einer Partei bestehen könnten. Der Vertreter des Jugendverbandes, von der Gruppe Bacchi und Lazzari lebhaft begrüßt, führte aus, daß die Jugendlichen mit allen Kräften den Reformismus bekämpfen hätten und daß sie ihre Mitarbeit der Partei zur Verfügung stellten, die die Taktik der Dritten Internationale befolge.

In der Nachmittags Sitzung erstattete Bacchi den Tätigkeitsbericht der Parteileitung. Die Verhandlungen mit den Faschisten wurden ohne Wissen der Parteileitung von einigen sozialistischen Abgeordneten eingeleitet. Die Leitung der Partei trat erst dann in die Verhandlungen ein, als erste Garantien für eine Verständigung vorhanden waren. Daß Lunatscharki von der italienischen Regierung keine Einreiseerlaubnis erhalten habe, sei nicht Schuld der Partei. Man habe alles getan, um die Bewilligung der Regierung zu erhalten. Nach dem Bericht Bacchis wurde der Kongreß auf Dienstag vertagt.

Eine kommunistische Tageszeitung in Rom.
Rom, 10. Oktober. (Antel.) Heute erschien zum ersten Male das Zentralorgan der kommunistischen Partei Italiens „Il Comunista“ als Tageszeitung.

Deutschnationale Demagogie.
Die Deutschnationalen haben im preußischen Landtage einen seitenslangen Antrag eingebracht, der von der Regierung einen Gesetzentwurf fordert, durch den anlässlich der Teuerung das Dienst- und Einkommen der Beamten und Lehrer automatisch dem Wert des Geldes angepaßt wird. Der Antrag verlangt weiter eine gleichmäßige Beschaffungszulage für alle Beamte, ferner Heraushebung der Grenze im Steuergesetz von 24 000 auf 35 000 Mk. Empfänger von Parteigeld, Ruhegeld und Hinterbliebenenrente sollen entsprechend behandelt werden, ebenso die Geistlichen.

Was dem Antrage fehlt, werden unsere Genossen hinzufügen: Sicherung des Reallohnes darf nicht nur für Beamte und Geistliche gelten, sondern für alle Arbeitnehmer. Darüber wollen wir gern verhandeln. Wir werden aber auch nachhaken, was die Deutschnationalen versäumen, nämlich zu sagen, woher die Mittel für die neuen Ausgaben genommen werden sollen.

Ein Manöver der Volkspartei.
Als neulich Oltwig v. Hirschfeld monatelang aus dem Gefängnis beurlaubt wurde, bezweifelte die sozialdemokratische Presse bekanntlich, daß Arbeiter von der preußischen Justiz ebenso milde behandelt würden. Diese Auslassungen haben die Abgeordneten Eichhoff, Dr. v. Campe und Stendel von der Deutschen Volkspartei veranlaßt, bei der Staatsregierung anzufordern, wieviel Beurlaubungen in preußischen Strafanstalten überhaupt vorgenommen worden sind, und welchen Berufszweigen die Befangenen angehören. Zum Schluß fragen sind:

Was gedenkt das Staatsministerium zum Schutze der Beamten zu tun, wenn sich die in der sozialistischen Presse vertretene Auffassung als unwahre Unterstellung erweist, durch die allerdings das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtspflege planmäßig untergraben wird?

Die Herren Volksparteiler mochten also den Staatsanwalt gegen die sozialistische Presse scharf. Gloubt die Deutsche Volkspartei wirklich, damit das Mißtrauen gegen die Justiz beseitigen zu können?

Nachspiel zu den mitteldeutschen Aprilunruhen. In Frankfurt am Main begann Montag vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen sechs Angeklagte, die beschuldigt sind, während der Aprilunruhen in Mitteldeutschland den Versuch unternommen zu haben, das Kuffenhäuser der Frankfurter Oper in Brand zu stecken. Die Verhandlungen werden zwei Tage in Anspruch nehmen.

Wynekens Kampf.
Von Siegfried Kawerau.
Wyneken ist von der zweiten Strafkammer des Landgerichts zu Rudolstadt zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt worden: alles in allem auf die Auslagen eines 12-jährigen Knaben hin.

Es handelt sich um den Kampf zwischen Sexualität und Eros, jenen Kampf, den die alte mit der neuen Gesellschaft ausficht, um ihre „heiligsten Güter“ zu verteidigen — die alte Gesellschaft will die naive Keuschheit ihrer Töchter, will die in „geheimen Sünden“ schwelgenden Knaben sich erhalten, um die sichere privatrechtliche Vererbung des Besitzes zu schützen. Wunderliche Verknüpfung der Gebiete — werden unbefangene Gemüter denken. Doch man gehe den Zusammenhängen einmal gründlich nach! Die Haus-tochter der alten Gesellschaft ist dazu bestimmt, den Freier zu finden, dessen Vermögen oder dessen Erwerbsfähigkeit zu der ihres ertelichen Hauses harmonisch paßt; so heiratet man in Pfarrstellen, Professuren, Konfektionsgeschäfte, so heiraten sich Kapitalisten und Rittergüter. Zu diesem Zweck muß das bürgerliche Mädchen naiv sein, d. h. unberührt in physischer Beziehung und geistl. d. h. lästern und aufzulaufen, löffelt.

Das erste ist Bedingung von Seiten des kapitalkräftigen Freiers, der seine Frau als Privatigentum, als Ware, als Neuheit und Mode betrachtet; das andere ist Endmittel, ist Ergebnis eines seelisch längst verharteten Lebens. Damit stellt sich das Mädchen auf die dem Mann entsprechende Stufe. Denn der Mann ist als Knabe an die „geheimen Sünden“ gewöhnt, ist von Dienstboten aufgefüttert, hat bei Dirnen seine Lust für Geld bestritten. Auf diese Weise hat man seine schöpferischen Kräfte abgestumpft, zur Waise entföhrt, um ihn willfährig und brauchbar im mechanisierten Konkurrenzkampf der Großbetriebe zu machen, wo man eisernen Äpfel, harte Herzen und geschäftlich erprobte Frühlingsgefühle braucht. Alles andere bedeutete Störung, Reibung, Dividendenverlust.

Unzweifelhaft hat dies Vorbild der kapitalistischen Gesellschaft auch im Proletariat Nachahmung gefunden. Sowie man die Festgebäude, Roben, Kampfmittel der bürgerlichen Gesellschaft im Proletariat vielfach übernimmt. Und so ist auch die sexuelle Not unserer proletarischen Jugend erschreckend groß.

Demgegenüber entwickelt der erteliche Mensch im Einheitsbewußtsein von Körper und Seele alle Schöpferkraft wahren Menschentums: seine Liebe acht nicht auf die Wirklichkeit, sondern auf den gesunden, vollwertigen Menschen. Der erteliche Erzieher (und alle großen Erzieher wirken durch die Kraft ihres Eros) embindet diese Schöpferkraft und ist einzig imstande, junge Menschen zum Guten, zum Schönen, zum Edlen zu wandeln. Eros hat nichts mit Unterleib zu tun, sondern ist strömende Kraft. Da hört die „geheimen Sünden“ als Kaufmittel auf, die jungen Menschen zu reizen: sie halten ihre Kraft gesammelt, für höchste Leistung gefordert. Da hört die Ehe auf, ökonomische Verjüngung mollig-franker Tierchen zu sein, da wird sie zur Kameradschaft zweier Menschen, die jeder in sich ruhend, tiefsten Grundes einsam, dennoch bereit sind zum Opfer, zur

*) Vgl. Wyneken „Eros“ (Wolf Saal Verlag, 1921).

grüßungsrede. Zwei Forderungen, führte er aus, stelle das italienische Proletariat: daß die Sozialistische Partei qualitativ dieselbe bleibe wie bisher und daß sie zusammenhalte. Bacchi betonte seine lebhafteste Sympathie für das revolutionäre Russland und erklärte unter starkem Beifall, daß diese Sympathie auch die der Sozialistischen Partei wäre. — Nach Bacchi sprach der Vertreter der kommunistischen Partei Frankreichs, der heftige Angriffe gegen die Reformisten richtete und dabei wiederholt stürmisch unterbrochen wurde. Er erklärte, daß zwei so entgegengesetzte Strömungen, wie die Mitarbeit in bürgerlichen Regierungen und die sozialistische Taktik, nicht nebeneinander in einer Partei bestehen könnten. Der Vertreter des Jugendverbandes, von der Gruppe Bacchi und Lazzari lebhaft begrüßt, führte aus, daß die Jugendlichen mit allen Kräften den Reformismus bekämpfen hätten und daß sie ihre Mitarbeit der Partei zur Verfügung stellten, die die Taktik der Dritten Internationale befolge.

In der Nachmittags Sitzung erstattete Bacchi den Tätigkeitsbericht der Parteileitung. Die Verhandlungen mit den Faschisten wurden ohne Wissen der Parteileitung von einigen sozialistischen Abgeordneten eingeleitet. Die Leitung der Partei trat erst dann in die Verhandlungen ein, als erste Garantien für eine Verständigung vorhanden waren. Daß Lunatscharki von der italienischen Regierung keine Einreiseerlaubnis erhalten habe, sei nicht Schuld der Partei. Man habe alles getan, um die Bewilligung der Regierung zu erhalten. Nach dem Bericht Bacchis wurde der Kongreß auf Dienstag vertagt.

Eine kommunistische Tageszeitung in Rom.
Rom, 10. Oktober. (Antel.) Heute erschien zum ersten Male das Zentralorgan der kommunistischen Partei Italiens „Il Comunista“ als Tageszeitung.

Deutschnationale Demagogie.
Die Deutschnationalen haben im preußischen Landtage einen seitenslangen Antrag eingebracht, der von der Regierung einen Gesetzentwurf fordert, durch den anlässlich der Teuerung das Dienst- und Einkommen der Beamten und Lehrer automatisch dem Wert des Geldes angepaßt wird. Der Antrag verlangt weiter eine gleichmäßige Beschaffungszulage für alle Beamte, ferner Heraushebung der Grenze im Steuergesetz von 24 000 auf 35 000 Mk. Empfänger von Parteigeld, Ruhegeld und Hinterbliebenenrente sollen entsprechend behandelt werden, ebenso die Geistlichen.

Was dem Antrage fehlt, werden unsere Genossen hinzufügen: Sicherung des Reallohnes darf nicht nur für Beamte und Geistliche gelten, sondern für alle Arbeitnehmer. Darüber wollen wir gern verhandeln. Wir werden aber auch nachhaken, was die Deutschnationalen versäumen, nämlich zu sagen, woher die Mittel für die neuen Ausgaben genommen werden sollen.

Ein Manöver der Volkspartei.
Als neulich Oltwig v. Hirschfeld monatelang aus dem Gefängnis beurlaubt wurde, bezweifelte die sozialdemokratische Presse bekanntlich, daß Arbeiter von der preußischen Justiz ebenso milde behandelt würden. Diese Auslassungen haben die Abgeordneten Eichhoff, Dr. v. Campe und Stendel von der Deutschen Volkspartei veranlaßt, bei der Staatsregierung anzufordern, wieviel Beurlaubungen in preußischen Strafanstalten überhaupt vorgenommen worden sind, und welchen Berufszweigen die Befangenen angehören. Zum Schluß fragen sind:

Was gedenkt das Staatsministerium zum Schutze der Beamten zu tun, wenn sich die in der sozialistischen Presse vertretene Auffassung als unwahre Unterstellung erweist, durch die allerdings das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtspflege planmäßig untergraben wird?

Die Herren Volksparteiler mochten also den Staatsanwalt gegen die sozialistische Presse scharf. Gloubt die Deutsche Volkspartei wirklich, damit das Mißtrauen gegen die Justiz beseitigen zu können?

Nachspiel zu den mitteldeutschen Aprilunruhen. In Frankfurt am Main begann Montag vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen sechs Angeklagte, die beschuldigt sind, während der Aprilunruhen in Mitteldeutschland den Versuch unternommen zu haben, das Kuffenhäuser der Frankfurter Oper in Brand zu stecken. Die Verhandlungen werden zwei Tage in Anspruch nehmen.

höchsten Hilfe, zur Gemeinschaft. Solche Menschen aber sind dem sexuellen und kapitalistischen Menschen ein Greuel, denn da hört jede Berechnung, jedes „Klassenbewußtsein, jede Profitmacherei auf. Der sexuelle Mensch ist das Mädchen, mit durchbrochenen Strümpfen und kurzen Röckchen, mit herausgedrücktem Busen oder mit nach-prallendem Badetuch; ist der Mann mit dem lästern-taxierenden Blick, mit Kommerz und Prostitution, mit Geschlechtskrankheit und Verjüngungsehe.

Der erteliche Mensch ist zweckvoll und schlicht zu Arbeit und Fest gekleidet oder nackt in der freien Natur und im Spiegel seiner Glieder (der sexuelle Mensch ist nie nackt, höchstens ausgezogen), er ist stark und keusch in Gebärde und Blick und voll federnder Spannkraft und Jugend. Feind aller kapitalistischen Ausbeutung, ist er der Mensch der neuen Gesellschaft.

Die alte Gesellschaft sieht für Friedrichstraße und Drillierziehung, haßt die schöpferischen Erzieher, haßt Wyneken und seine Freunde — das Proletariat weiß, um welche Güter Wyneken seinen Kampf führt: um unseres Volkes höchste Zukunft!

Das Neue Volkstheater führte Objens „Wildente“ wiederum auf. Man hatte sich bemüht, die scharfe Mathematik dieses starken Intrigenstückes durch Menschlichkeit zu mildern. Die Absicht des Regisseurs wurde aber durch die Schauspieler getreut, die ihr Temperament nicht ausreichend umbiegen konnten, um die Objenschen Charaktere geschmeidig zu besetzen. Darum verlor das Besondere der Hjalmar Ekbal des Herrn Schweizer. Dagegen waren die Rollen des Kindes Hedwig und des alten Ekbal außerordentlich gut besetzt. Franze Koloff verfügt über das reiche Talent, um die Tragik dieses Kindes rührend zu erfüllen. Herr Lion entwickelt sich zum sehr geschickten Charakterspieler, der die Schreullen und traurigen Enttäuschungen des alten Ekbal mit ungewöhnlicher Kraft der Aufmerksamkeit des Publikums einprägte, M. S.

Der Europäer Heinrich Mann hielt im Schwaben-Saal einen Vortrag über „Europäisches Denken“. Seine Ausführungen, denen lebhafter Beifall gegeben wurde, so daß sadenscheiniges, reaktionäres Pfeifen belächelt untergehen mußte, waren Erkenntnis zum Gedanten der Republik und der Demokratie. Man kennt den Dichters politische und seine Weltanschauung aus seinem klugen Aufsatzbände „Macht und Mensch“; weiß, wie klar Heinrich Manns Bild die „reine Fiktion“ der Romane in der durchschauen versteht.

Nicht der Bergdicke, der Heißende ist für ihn der Europäer. Belebt vom Chaos, wie er sich ausdrückt, sei doch allein Vändern Europas so stark gemeinsame Willensströmung zu eigen, daß die Gesichter der Völker wie eines scheinen: das europäische eben. Und nun verglich Heinrich Mann das Frankreich nach 1870 mit dem Deutschland unserer Tage. Er berief sich auf Jola und nannte den großen Gewinn, das Geschenk der Niederlage: die Demokratie. Deutschlands Republik sei das verwilderte und gefährlichste Unternehmen, denn ein wahrer Volksstaat besitze den Willen zur Selbstreinigung — Sauberkeit genug, um von Schreihälsen blanker Macht nicht national gelassen und bekämpft zu werden. Aber die nächste Generation werde republikanisch empfinden schon aus Erfahrung; die zweitfolgende durch Geburt.

Orgeschuche in Ostpreußen.
Aölnsberg, 11. Oktober. (W.B.) Das Oberpräsidium teilt mit: Die „Königsberger Volkszeitung“ bringt in dem Beitarikel ihrer Nummer vom 11. Oktober Mitteilungen, wonach von seiten privater Organisationen trotz der behördlichen Anordnungen Waffenlager in der Provinz unterhalten werden. Es ist sofort von seiten des Oberpräsidiums Veranlassung genommen worden, eine Untersuchung einzuleiten. Die Schriftleitung des genannten Blattes und die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ostpreußen werden aufgefordert, das in dieser Hinsicht vorhandene Material dem Oberpräsidium zur Verfügung zu stellen, um auf Grund desselben die Untersuchung mit aller Unparteilichkeit unter Wahrung der berechtigten Interessen der gesamten Bevölkerung Ostpreußens führen zu können.

„Zeitgemäße Richtererziehung“.

Zu dieser Notiz in der Sonntagabendausgabe des „Vorwärts“, in der wir die bevorstehenden Kurse für Angehörige des Kammergerichts kritisch besprochen hatten, senden uns der Kammergerichtspräsident v. Staff und der Generaloberstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin eine längere Erwiderung, in der sie sich gegen unsere Behauptung, die Kurse würden durchweg von typischen Vertretern der reaktionären Staatsauffassung abgehalten, zu verteidigen suchen. Die beiden Verfasser weisen darauf hin, daß auch Genosse August Müller in dem bevorstehenden Zyklus einen Vortrag über „Sozialisierung und gemeinwirtschaftliche Unternehmungsformen“ halten werde, und daß schon früher Genosse Legien über die Gewerkschaftsbewegung gesprochen habe; auch Wiffel habe zugesagt, über Planwirtschaft zu sprechen, sei jedoch hieran durch seine Entsendung zur Arbeiterschutzkonferenz in Wöhltingen verhindert worden. In diesem Zusammenhang wird Herr Richard Calwer nicht ganz zutreffend als „sozialistischer Schriftsteller“ bezeichnet.

Die Verteidigung, die die Herren Einseher hier vorbringen, ist nicht zutreffend, und was an ihrer Einseher zutreffend ist, ist keine Verteidigung. Es war von uns niemals bestritten worden, daß sich möglicherweise auch ein Sozialdemokrat in jenen ertelichten Kreis deutschmonarchistischer Staatsgegner verirren würde, und die Tatsache, daß die kürzlich hier aufgeführten Herren, an deren Verfassungsfeindlichkeit kein Zweifel bestehen kann, im kommenden Winter vor Richtern sprechen werden, in der Erwiderung nicht einmal zu bestritten versucht. Ueber die Zusammenlegung der Kurse braucht man sich nicht einmal zu wundern, ist doch Herrn v. Staffs Königstreue ein nur zu bekanntes, wenn auch trübes Kapitel in der Geschichte der Träger preußlich-republikanischer Justiz.

Schulleiter und Reichsverfassung.

Aus der preußischen Landtagsfraktion wird dem „Soz. Parl. Dienst“ geschrieben: An die Teilnehmer der Fortbildungsschule der Schulpolizei in Hannover ist von einem Lehrer die von der Zentralstelle für Heimatdienst herausgegebene Reichsverfassung mit dem Vorwort des Reichsministers a. D. Dr. Hugo Preuß verteilt worden. Daraufhin hat der Schulleiter dem Lehrer eröffnet, daß er durch diese Verteilung der Reichsverfassung die Beamten parteipolitisch beeinflusst habe; auch das Kommando der Schulpolizei habe diese Verteilung verurteilt. Nach Ansicht des Schulleiters hätte der Lehrer das Vorwort vor der Verteilung herauslesen müssen.

Die Landtagsfraktion hat auf Grund dieser Vorgänge eine kleine Anfrage eingebracht, in welcher das Staatsministerium gefragt wird, ob es die Auffassung des Schulleiters der Fortbildungsschule und des Kommandos der Schulpolizei billige und ob es in der Erziehung der Beamten zur Achtung der Verfassung und zu zuverlässigen Stützen der Republik eine parteipolitische Beeinflussung sehe. Man wird auf die Antwort des Herrn Dominicus gespannt sein dürfen.

Zeitungsverbot. Die christlich-soziale Zeitung „Das Neue Volk“ wurde von der Kreisregierung in Unterfranken auf acht Tage verboten, weil sie die Minister Oswald und Dr. Kalt in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich gemacht habe.

Heinrich Mann meinte, der Sozialismus müsse zum Bewußtsein seiner Größe kommen; um höheres als Gut und Güter ginge es. Wo werden, fragte er, Klassen bleiben, wenn kein Bürger mehr Edelmann, der Arbeiter Bürger sein wird? Er rief Jaurès, dem das Menschentum heiliger gewesen sei als die Fragen der Wirtschaft. Und er nannte es den Sinn unserer Niederlage, den Gedanken der Staatenrepublik zu fördern. So gesehen seien wir mächtiger, reicher als die vom Siege kurzfristig Gewordenen. Iso.

Zusammenbruch des Bildungswesens in Sowjetrußland. Der Volkskommissar für Bildungswesen, Lunatscharki, erklärt in einem Artikel der Moskauer „Swesetija“, der Verfall des russischen Bildungswesens sei soweit fortgeschritten, daß bereits von einer Katastrophe gesprochen werden müsse. Die dem Bildungswesen zugeführten Mittel reichen nicht entfernt aus, um auch nur die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Nicht einmal das kümmerliche Gehalt des Lehrpersonals könne ausgezahlt werden, und der Staat behalt den Lehrern bereits viele Willkür. Auch die geplante Erhöhung des dem Volkskommissariat für Bildungswesen zukommenden Anteils an den Notenemissionen bis auf 8 Prozent werde die nötigen Mittel nicht aufbringen. Da indessen die Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs um jeden Preis aufrecht erhalten bleiben muß, soll eine besonders Schulabgabe der Bevölkerung auferlegt werden.

Inzwischen ist jedoch laut anderen amtlichen Mitteilungen sowohl in der Provinz als in Moskau mit der eigenmächtigen Wiedereinführung des Schulgeldes begonnen worden. Vor kurzem hatte der Leiter des Hochbildungswesens in Sowjetrußland, der bekannte Kommunist Predkoschenski, bereits in der Moskauer „Pravda“ ausgeführt, daß eine Reihe von Universitäten und Fachhochschulen, die in den letzten Jahren eröffnet wurden, wegen Mangels an Mitteln und Lehrkräften geschlossen werden müssen. Fünf Universitäten in der Provinz sind bereits geschlossen worden.

In der Volksbühne, Theater am Ballhausplatz, in Kölnig Platz mit Friedrich Kappeler in der Rolle in Vorbereitung. Regie: Jürgen Hedling.

Werkster-Konkurrenz. Peterburger Straße 39: Donnerstag abend 7 1/2 Uhr Vortrag von Max Weber über „Proletariat und Unzufriedenheit“. Samstag abend 7 1/2 Uhr: Ration und Dittorantel mit anschließender Führung durch die neue Kaserne. Sonntag vormittag 11 Uhr und abend 7 1/2 Uhr: Besondere Besichtigungen.

Konzerte. Hugo Reikenderger, der erste Kapellmeister der Wiener Staatsoper, gibt am Donnerstag, den 13., in der Bühnenharmonie sein erstes diesjähriges Konzert mit dem Volksmonarchen Orchester. — Sonntag, den 16., vormittag 11 1/2 Uhr findet im Opernhaus ein Konzert der Staatsoper unter Ehrenmitwirkung Franz von Vecsey (Sopran, Straßburg, Vaganini) statt. Vorverkauf ab Sonntag, den 9., an der Kasse des Opernhauses, bei Berthel, dem Invalidenten und bei Boie u. Bod.

Ueber das Seelenleben der Naturvölker berichtet Dr. B. Eichberg am Sonnabend, den 15., 7 1/2 Uhr, in der Humboldt-Hochschule, Georgenstr. 30/31, einen Vortrag. Karten zu 3, 2 und 1 Mk. vorher oder im Buchhandlungen und Theaterkassen von Tich und Kaufhaus des Westens.

Heute und morgen Flugblattverbreitung!

Beachtet die Bekanntmachungen unter „Parteinachrichten“

Matrosenmeuterei?

München, 11. Oktober. (WZ.) In München trafen 22 Matrosen eines deutschen Dampfers unter Bedeckung ein, die an das Hamburger Seemannsgericht abgeliefert werden sollen. Die Matrosen stellten auf hoher See unter Drohungen an den Kapitän Lohnforderungen, weshalb dieser gezwungen wurde, in Telesk zu landen, wo die Matrosen der Polizei übergeben wurden.

Die amtlichen Totenziffern von Oppau.

Die Zahl der Toten und Vermissten des Oppauer Unglücks hat nunmehr nach amtlichen Mitteilungen 600 überschritten, nachdem noch mehrere Schwerverletzte in den Krankenhäusern gestorben sind. Die Zahl der Erblindeten ist etwas kleiner als ursprünglich mitgeteilt wurde. An Spenden sind bisher über 60 Millionen aufgebracht worden.

Auf eine Anfrage an das Reichsfinanzministerium erhielt der Verband Pfälzischer Industrieller den Bescheid, daß die sämtlichen Spenden für Oppau nach § 108 der Reichsabgabenordnung steuerfrei sind.

Beschränkung der deutsch-völkischen Tagung

Der Deutsch-völkische Schutz- und Trugbund hält alljährlich einen „Deutschen Tag“ ab, der im vorigen Jahre in Weimar stattgefunden hat und dieses Jahr vom 14. bis 16. Oktober in Detmold abgehalten werden sollte. Wie die „V. V. R.“ erfahren, ist diese deutsch-völkische Veranstaltung infolge von den Behörden beschränkt worden, als alle in Aussicht genommenen öffentlichen Veranstaltungen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten worden sind und der „Deutsche Tag“ nur auf Zusammenkünfte in geschlossenen Räumen beschränkt ist. Aus diesen behördlichen Beschränkungen geht hervor, daß man an ausländischer Stelle den gemeingefährlichen Charakter des Deutsch-völkischen Schutz- und Trugbundes richtig erkannt hat.

Saarbevölkerung gegen Frankenzwang.

Dem offiziellen Bericht der Abordnung der Saargebietbevölkerung, die zum Völkerbundrat nach Genf entsendet worden war, entnehmen wir das Folgende:

Der Grund der Reize waren die wirtschaftlichen und politischen Nöte des Saargebietes. Teilgenommen haben Vertreter sämtlicher politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, und zwar Vertreter der Arbeiterschaft, der Unternehmer, des Handels und Gewerbes und der freien Berufe. Die Abordnung sprach die Bitte aus, der Völkerbund möge selbst die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse untersuchen und sich ein Bild machen, welche Maßnahmen zur Abhilfe notwendig sind. Die Abordnung hatte Gelegenheit, zahlreichen Herren ihre Ausführungen vorzutragen.

Der Vertreter Frankreichs, Léon Bourgeois, hat die Abordnung nicht empfangen.

Bei den Besprechungen hat die Abordnung wiederholt betont, daß der Umlauf des Frankens im Saargebiet, soweit er durch den Versailler Frieden begründet ist, hingenommen werden müsse. Sie hat sich aber dafür eingesetzt, daß der erweiterte Frankenumlauf, den die Regierungskommission der Bevölkerung neuerdings aufzwingen will, wegen seiner verheerenden Wirkungen auf das saarländische und seiner nachteiligen Folgen für das französische Wirtschaftsleben unterbleiben müsse. Daneben hat die Abordnung auch andere

Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierungskommission und Bevölkerung

vorgebracht. Insbesondere hat sie darauf hingewiesen, daß die Regierungskommission sich jeden Eingriffs in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden enthalten müsse. Schließlich hat die Abordnung gebeten, daß bei solchen Meinungsverschiedenheiten nicht die Regierungskommission entscheide (!), sondern der Völkerbund nach Anhörung beider Teile. Die Abordnung gewann bei den verschiedensten Mitgliedern des Völkerbundes die Ueberzeugung, daß der unternommene Schritt zur Erleichterung der wirtschaftlichen und politischen Nöte des Saargebietes beitragen werde.

Erklärung der Arbeitervertreter.

Zu dem vorstehenden Bericht erklären die Arbeitervertreter, die Mitglieder der Delegation waren, noch folgendes: Unser gemeinsames Borgehen mit den Vertretern der politischen Parteien, der Industrie und des Handels ergab sich aus der einfachen Tatsache, daß wir nicht damit einverstanden sein konnten, daß die Regierung des Saargebietes eine Vermehrung des Frankenumlaufs einfach diktiert. Abgesehen davon, daß durch das Borgehen der Regierung den Gemeinden die Selbstverwaltung stark beschnitten wird, haben wir uns im wohlverstandenen Interesse des Saarwirtschaftslebens und seiner Arbeiterschaft bereits durch Abstimmung im Stadtparlament Saarbrücken gegen ein weiteres Eindringen des Frankens ausgesprochen. Die Nichtigkeit unserer Haltung ist uns bei den Verhandlungen in Genf, insbesondere auch durch den Verkehr mit den dort anwesenden Gewerkschaftsführern der verschiedensten Länder vollumfänglich bestätigt worden. Soll unsere Saarländische die heutigen Arbeitermassen weiter beschäftigen, dann ist dies nur in Anlehnung an die deutschen Wirtschaftsgrundlagen denkbar. Sämtliche valutarische Länder leiden an Warenüberschuß und unter großer Arbeitslosigkeit. Ein gewalttätiger Umlauf von Werten und Wertschwundkosten von der deutschen Grundlage auf die des französischen Wirtschaftslebens würde uns in die gleiche Lage bringen, der Abzug unserer Erzeugnisse würde erschwert oder unmöglich. Arbeitslosigkeit wäre die Folge. Ein anderes Mittel, unsere durch eine eventuell allgemeine Frankeneinführung verteuerten Waren loszumachen, gibt es nicht. Die Frage, ob der Völkerbund den Abzug unserer Erzeugnisse regeln könnte, besteht nicht. Wollte er es,

dann müßte er die Versailler Bestimmungen beiseite lassen und alle Zollschranken niederreißen. Zu dieser Erkenntnis haben sich aber die Siegerstaaten nach längst nicht durchgerungen. Ihre Tätigkeit beruht auf politischen und militärischen Interessen. Die gegenwärtige Wirtschaftslage ist so, daß das valutarische Deutschland seine eigene Erzeugung selbst wieder auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht hat, während die Hochöfen in Lothringen, Frankreich und Belgien zum weitesten großen Teil ausgeblieben sind. Den Arbeitervertretern der Delegation ist es nicht in den Sinn gekommen, sich etwa für den Abbau der Frankenschneise einzusetzen. Unsere Aufgabe bestand darin, das unserem gesamten Wirtschaftsleben drohende Unheil abzuwehren und sich für alle die Kreise einzusetzen, deren Existenz in der Gegenwart stark bedroht ist. Sollte für die Zukunft in den Bezügen der in Frankens entlassenen Arbeiter eine Veränderung eintreten, dann tragen nicht wir, sondern jene die Verantwortung, die die Zustände herbeigeführt haben. Die gegenwärtigen Lohnunterschiede zwischen Saar und Frankens durch eine entsprechende Lohnherabsetzung zu beseitigen, müßte unsere Aufgabe sein. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten sehen wir in den für die Saarindustrie unerschwinglichen Kohlenpreisen, Frachten usw. Es ist Sache aller maßgebenden Instanzen, auf dem

Wege von Verhandlungen hier einen gerechten Ausgleich zu schaffen. Wir wissen, daß wir mit diesem Borgehen die Zustimmung aller ruhigen und an die Zukunft denkenden Arbeiter und Angehörten im Saargebiet finden werden. gez. Karl Hillenbrand und August Gerhardt.

Frankenterror.

Saarbrücken, 11. Oktober. (WZ.) Im Stadtrat teilte der Bürgermeister mit, daß die Regierungskommission ihr Verbot, Gemeindebeamten, Angestellten und Arbeitern irgendwelche Teuerungszulagen oder Gehalts erhöhungen in deutscher Markwährung zu geben, streng aufrecht erhalte. Ein saarländischer Bürgermeister, der anstatt Frankensvorschußweise Markwährung verabreicht hatte, wurde von der Regierungskommission zur Rechenschaft gezogen und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet.

So geht's im Völkerbundstaat zu! Kann's in einer französischen Kolonie anders sein?

Amerika für Druckmilderung.

Paris, 11. Oktober. (WZ.) „Chicago Tribune“ meldet aus Koblenz: Die amerikanische Regierung hat bei England, Frankreich und Belgien die Anregung gegeben, die Besatzungstruppen im Rheinland im Laufe der nächsten Monate um etwa ein Drittel zu verringern, um auf diese Weise die Kosten herabzumindern, die Deutschland den Alliierten zurückzahlen muß. Der Völkerbundrat wird sich mit diesem Vorschlag in seiner nächsten Sitzung befassen.

Habsburg gib's nicht!

Wien, 11. Oktober. (WZ.) Die Landesparteileitung Wien der Großdeutschen Volkspartei hat für morgen eine Versammlung der Vertrauensleute einberufen, die sich mit der karlistischen Gefahr beschäftigen soll. In der Einladung zu dieser Versammlung wird betont, daß die Partei die nationalgefährten Kreise gegen alle Versuche einer Wiederherstellung der habsburgischen Monarchie, die das Grab des Ansehungsdenkens wäre, zum Widerstand aufrufen würden.

Russisch-estnischer Konflikt.

Während östliche Meldungen von einer Milderung der russisch-polnischen Spannung berichten, erhebt sich ein estnisch-russischer Konflikt, und schon wird auch von Einziehungen in den Randstaaten geredet. Es sind nämlich die zu Beginn dieses Jahres verhafteten estländischen Konsularbeamten nach halbjähriger Untersuchungsdauer durch Beschluß des Kollegiums der Tscheta für „Verbindung mit Brangel“ zu zwei Jahren Konzentrationslager verurteilt worden. Gleichzeitig hat das Kommissariat des Außenbüros den Vorschlag gemacht, die Verurteilten gegen in Estland verhaftete russische Spione und Agitatoren auszutauschen. Die Beurteilung ist eine grobe Verletzung des Völkerrechts und Estland dürfte protestieren.

Die Hilfsaktion.

Moskau, 11. Oktober. (WZ.) Dem Allrussischen Zentralkomitee berichtet Kolenin, daß innerhalb Russlands bisher 15 Milliarden Rubel gespendet worden seien. Er sagte u. a., Sowjetrußland werde nur die Hilfsangebote annehmen, die nicht an die Förderung größerer Rechte geknüpft sind, als die zurzeit in Rußland tätigen ausländischen Hilfsorganisationen bereits genießen. Die internationalen Organisationen der „Hungerkonferenz“ und des Roten Kreuzes hätten bisher nichts ergeben. Norwegen, die Randstaaten, die Tschetschowskae, Deutschland und besonders die Hoover-Organisation hätten wirklich, wenn auch geringe Hilfe gebracht; die von ihnen bisher nach Rußland geschickten oder noch unterwegs befindlichen Lebensmittel betragen 657 000 Pud (1 Pud = 16,38 Kilogramm). Daraufhin könne die Sowjetregierung keine großzügigen Maßnahmen treffen und sie müsse sich auf die Wertigkeiten im Auslande stützen. Die Zahlung eines einjährigen Arbeitslohnes des Proletariats der ganzen Welt würde die größte Solidaritätsleistung sein. Der Wiederaufbau Russlands sei unmöglich, wenn die hungernde Bevölkerung im Winter nicht ernährt werde. Die Mittel hierzu müsse Rußland von den Arbeitern aller Länder in Form einer Anleihe erhalten. Das autonome deutsche Saargebiet habe unter der Hungersnot besonders zu leiden. Anfang des Sommers habe es dort 299 000 Hungernde gegeben bei einer Gesamtbevölkerung von 447 000. Infolge zahlreicher Todesfälle sei die Bevölkerungszahl um 20 Proz. gesunken; 30 Proz. der deutschen Bauernwirtschaften seien verlassen. Im deutschen Gebiet befänden sich 182 000 hilfsbedürftige Kinder, von denen nur 70 000 in Kinderheimen untergebracht werden konnten. Die Zahl der Hausiere gegenüber dem Vorjahre sei um etwa 40 Proz. gesunken.

Das Berliner Sowjetorgan „Nowy Mir“ teilt mit: Das zentrale Exekutivkomitee hat eine ausländische Delegation für alle Staaten Europas und Amerikas zur Befestigung der Beziehungen mit den ausländischen Hilfsorganisationen nach Berlin entsandt. Die Delegation besteht aus drei Mitgliedern: Nikolai Krestinski als Vertreter des zentralen Exekutivkomitees, Viktor Kopp als Vertreter des Roten Kreuzes und Bonow. Die ausländische Delegation ist beauftragt, mit allen ausländischen Hilfsorganisationen in Verbindung zu treten.

Genosse Branting hat dem König seine Ministerliste vorgelegt; sie besteht zum größten Teil aus Parteigenossen.

Die neue Frankenkongress wurde in London Dienstag vormittag eröffnet. Lord George begrüßte die Fremden, in deren Namen Griffith antwortete. Ueber die Konferenz werden vermutlich nur ganz knappe amtliche Berichte veröffentlicht werden. Die irischen Mitglieder wurden bei ihrer Ankunft von einer großen Schar von Landstreunern, die sich in Downing Street versammelt hatten, begeistert begrüßt.

Wegen Teilnahme an dem Eisenbahnattentat bei Ammendorf sind von auswärtigen Polizeibehörden der Werkzeugmacher Hermann Kroll und der Bahnarbeiter Otto Kühne verhaftet und in das Erfurter Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Nach den Dessfischen die Erbauer. Die BS-Korrespondenz berichtet, daß der Zepplinnbauer Dormier französische Versuche, ihn hinüberzuführen, habe abblissen lassen.

Gleichstellung der Gemeinde- und Staatsbeamten. Die „Kleine Anfrage“ der Abgeordneten Meyer (Herford) und Genossen über Gleichstellung der Gemeinde- mit den Staatsbeamten wird vom preußischen Minister des Innern folgendermaßen beantwortet werden:

„Die Gemeinden sind auf Grund des preußischen Gesetzes vom 8. Juli 1920, betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts, verpflichtet, ihre Beamten entsprechend den Grundzügen des preußischen Beamtendienstgesetzes zu besetzen. Da der Ausgleichszuschlag einen Teil des Beamtendienstentkommens bildet, verpflichtet eine Er-

höhung des Ausgleichszuschlags durch den Staat auch die Gemeinden zur Erhöhung des den Gemeindebeamten zustehenden Ausgleichszuschlags, soweit diese Erhöhung zu einer Gleichstellung des Dienstentkommens der Gemeindebeamten mit dem der unmittelbaren Staatsbeamten erforderlich ist und im Rahmen des Reichs-Spergesetzes vom 31. Dezember 1920 bleibt.

Es darf aber nicht verkantet werden, daß bei im Laufe des Rechnungsjahres notwendig werdenden Gehaltsaufbesserungen die Bereitstellung der erforderlichen Mittel angeht der ohnehin äußerst bedrängten Finanzlage der meisten Gemeinden auf große Schwierigkeiten stoßen und eine vorübergehende Verzögerung der Durchführung zur Folge haben kann. Nur hierauf ist auch im Falle der Stadt Halle die Verzögerung der Gehaltsaufbesserung zurückzuführen. Die Stadt, die ihre rechtliche Verpflichtung stets anerkannt hat, hat im übrigen die auf Grund des staatlichen Notzuschlages von 17 Proz. erforderlich gewordenen Aufbesserungen bereits im März dieses Jahres und inzwischen auch die neuesten infolge der letzten Erhöhung der staatlichen Notzuschläge erforderlich gewordenen Aufbesserungen bewilligt. Besondere Maßnahmen zum Schutze der Rechte der Gemeindebeamten in dieser Hinsicht sind nicht erforderlich, zumal auch § 3 des Gesetzes vom 8. Juli 1920 eine ausreichende Handhabe bietet, um eine Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen durch die Gemeinden auch im Einzelfalle zu sichern.

Verworfene Revision. Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision des Kaufmanns Heinrich Scharz, der vom Landgericht I in Berlin am 20. Januar d. J. wegen Beamtenräuberei zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt worden war. Wegen ihn war seinerzeit ein Verfahren wegen Amtsanmaßung, Gefangenensbefreiung und Mordes eingeleitet worden, das am 12. Mai 1920 wegen Mangels an ausreichenden Beweisen eingestellt worden war. Bevor die Einstellung erfolgte, hatte Scharz gegenüber dem Staatsanwalt Gutjahr sehr entschieden die Einstellung des Verfahrens verlangt und bemerkt, andernfalls werde ein Staatsanwalt seinen Dienst quittieren müssen. Das Landgericht hatte hierin eine Drohung mit einem Roheteil erblickt, durch die der Staatsanwalt zu einer Amtshandlung genötigt werden sollte.

Schon wieder! Das Erscheinen der unabhängigen „Morgenpost“ in München ist vom 2. bis 5. Oktober wegen eines Artikels „Die Verschönerung gegen die Republik“ verboten worden.

Weit über eine Million Wohnungsuchende. Nach einer amtlichen Feststellung muß jetzt die Zahl der Wohnungsuchenden auf weit über eine Million geschätzt werden. Sie beträgt allein in Berlin über 100 000. Während vor dem Kriege in Deutschland jährlich über 200 000 Wohnungen errichtet wurden, ist jetzt im Laufe von zwei Jahren nicht viel mehr als die gleiche Zahl fertiggestellt worden.

Schuldebatte im Landtag.

Im Preussischen Landtag wurde am Dienstag ein deutschmonarchistischer Antrag über Frachtermäßigungen für Ostpreußen bei landwirtschaftlichen Bedarfsgegenständen und Erzeugnissen, sowie ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Verbilligung der Lebenshaltung für die ostpreussische Bevölkerung beraten.

Ein Regierungsvorredner: An Frachtermäßigungen wird der Reichsverkehrsminister ungenügend herangehen. Außerdem schreibt der Reichsvorredner 385 gleiche Frachtermäßigungen für die Entente vor. Trotzdem ist erreicht worden, daß der polnische Korridor hierfür keine Hindernisse mehr bietet. Es wird für Transporte von und nach Ostpreußen die deutsche Güterfracht durchgerechnet (wobei also die Polen ein Preisnachlassgeschäft machen. Red.) und die Mehrkosten, die durch das Bestehen des polnischen Lokaltarifes entstehen, hat das Reich übernommen.

Abg. Stamer (Soz.): Die Kreise der Deutschmonarchisten und der Deutschen Volkspartei verhindern durch ihre Preispolitik in Ostpreußen selbst jede Verbilligung der Lebenshaltung. Die Kartoffeln sind dort vorige Woche um 16 Mark für den Zentner im Preise gestiegen. Die Löhne in der Industrie sind um ein Drittel niedriger als im Reich. Unsere Vorschläge zur Befestigung des Schiebertums in Ostpreußen, eine Zentrale für Ein- und Ausfuhr einzurichten, wurden von dem Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer mit der Begründung abgelehnt, daß die

Landwirte dann keine Berliner Preise mehr bekämen.

Alle Verbesserungsvorschläge sind am Widerstand der Rechten gescheitert. Wir schlagen vor, die Anträge dem Hauptausschuß zu übermitteln, damit geeignete Vorschläge ausgearbeitet werden.

Abg. Klausner (U.-Soz.): Wir lehnen die Anträge ab. Der ostpreussischen Landwirtschaft sind von jeder Liebesgaben zugewendet worden.

Nach weiterer Debatte gehen die Anträge an den Verkehrsausschuß. — Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Großen Anfrage Hoff (Dem.) über den Entwurf des Reichsschulgesetzes betr.

Bekennnis- und Weltanschauungsschulen

und des Antrages Frau Kunert (U.-Soz.) über den Wegfall des Religionsunterrichts an den Schulen.

Abg. Kimpel (Dem.): Ein Reichsschulgesetz wollen auch wir, damit wir in der Landesgesetzgebung weiter kommen. Wir müssen aber die Verfassungsbestimmungen beachten. Der jetzige Entwurf verdrängt die Sachlage, er setzt die Gemeinschaftsschule zugunsten der Bekennnisschule zurück. Der Reichsschulgesetzentwurf führt nicht zur Einigung, sondern zur Zersplitterung. Die Verdrängung lehnt ihn ab. Die Gegner der Gemeinschaftsschule lehnen diese ab, weil sie in ihr nicht hehen können. (Lachen und Widerspruch im Zentrum.) Das deutsche Volk fordert die interkonfessionelle Volksschule und die nationale Einheitschule.

Abg. Wildermann (Zentr.): Man darf der Elternschaft, die mit 95 Proz. für Beibehaltung des Religionsunterrichts ist, nicht die religionslose Gemeinschaftsschule aufdrängen. Wir verlangen Aufrechterhaltung des Elternrechts. Wir wünschen auch die Erhaltung der Privatschulen. Die Beseitigung des Religionsunterrichts würde einen neuen Kulturkampf entfesseln.

Abg. Kolmann (U.-Soz.): Der Religionsunterricht muß aus der Staatschule verschwinden, denn das deutsche Volk ist keineswegs ein rein christliches Volk. Es gibt

auch Sittlichkeit ohne Religion.

Die Rechte vergewaltigt jede Minderheit, wenn sie selbst in der Mehrheit ist; ist sie aber selbst in der Minderheit, so verlangt sie für sich nach Freiheit. Wir fordern die Einheitschule, denn sie wird dazu beitragen, den Egoismus und den Monismus zu beseitigen, die in der alten Schule gegählet wurden und an der geistigen Zerrissenheit unseres Volkes Schuld tragen.

Das Haus verliert sich. — Ein Antrag Dr. Meyer (Ostpreußen (Komm.), in der nächsten Sitzung die Große Anfrage Braun (Soz.) über das Verhältnis des Breslauer Polizeipräsidenten zur Ordelei zu beraten, wird gegen alle sozialistischen Stimmen abgelehnt.

Mittwoch 11 Uhr: Große Anfrage der Sozialdemokraten über die Personalpolitik des Ministers des Innern und über das Borgehen des Staatlichen Landesamts gegen Angehörige, die eine schwarzrotgoldene Fahne geführt hatten. — Große Anfrage über die Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule. — Kleine Gats.

Schluß 147 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Sieg der Berliner Holzarbeiter!

Ein eigenartiger Kampf! Die Vertreter der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberorganisationen der Holzindustrie schließen einen Reichsmanteltarifvertrag ab, der von der übergroßen Mehrheit der Unternehmer im Reich anerkannt wird, wie auch von den Arbeitnehmern. Beide Teile waren moralisch verpflichtet, für den Manteltarif einzutreten, wenn ihnen auch die eine oder andere Bestimmung nicht gefallen sollte. Die Berliner Holzarbeiter insbesondere sind zur Tarifstreue in langen Kämpfen erzogen. Mehr noch mußte sie von den Unternehmern erwartet werden. Dem Führer der Berliner Unternehmer aber ging dieser Sinn für zentrale Tarifabmachungen völlig ab. Anstatt der Stimme der Vernunft, der gewerblichen und geschäftlichen Klugheit zu folgen, der Scharfmacherei eines Herrn Paeth zu begegnen, ließ man es zu, daß — weit weniger um die Lohnfrage als — um das an sich unstrittige Prinzip ein derart langwieriger, horridlicher Kampf im Berliner Wirtschaftslieben heraufbeschworen wurde, der die Arbeiter erhebliche materielle Opfer kostete und auch den Unternehmern großen Schaden verursachte. Die endliche Einigung beweist, daß bei gutem Willen auf Seiten der Unternehmer eine Verständigung von vornherein möglich war. Man wollte sie nicht! Man glaubte die Zeit gekommen, die Arbeiter an die Wand zu drücken, ihnen die Arbeitsbedingungen zu diktieren, anstatt sie mit ihnen zu vereinbaren. Das ist dank der Organisation der Holzarbeiter, dank der gewerkschaftlichen Schulung ihrer Mitglieder gründlich mißlungen. Unnützlich wurde kostbares Porzellan zertrümmert, das die Berliner Holzarbeiter leider mitbezahlen mußten. Dafür darf man wenigstens erwarten, daß auch die Unternehmer für die Folge die nötigen Lehren aus dieser von ihrem Führer verschuldeten Niederlage ziehen. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft darf sich des Sieges der Berliner Holzarbeiter freuen, denn es ging um ihre Sache.

Nach Ablehnung der Entscheidung des Schlichtungsausschusses seitens der Streikenden kam es zu neuen direkten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen lag bereits gedruckt der gestrigen Versammlung der Streikenden in der „Neuen Welt“ vor. Bile berichtete, daß es endlich gelungen sei, die reaktionäre Front der Arbeitgeber zu durchbrechen und eine für die Streikenden günstige Vereinbarung zu erreichen, nach der die Anerkennung des Manteltarifs mit einigen für Groß-Berlin wesentlichen Ausfuhrbestimmungen und eine den Forderungen der Kollegenchaft entsprechende Lohnerhöhung erreicht worden ist. Das Ganze solle als Lohn- und Arbeitsvertrag für das Holzgewerbe Groß-Berlins gelten. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sollen auf ihre bis 10. August bezogenen Löhne Zulagen erhalten. Diese sind für Facharbeiter, Hilfsarbeiter, Facharbeiterinnen und Hilfsarbeiterinnen, je nach dem Alter, besonders gestieft und für die Monate Oktober, November und Dezember verschieden bemessen.

Als Norm für die Lohnhöhe der einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen sind Vertragslöhne festgesetzt. Für Facharbeiter sollen diese ab 1. November je nach dem Alter 6,05 bis 8,50 M., ab Dezember 6,25 bis 9 M. betragen; für Hilfsarbeiter ab November 5,25 bis 7,55, ab Dezember 5,55 bis 8 M.; für Facharbeiterinnen ab November 4,30 bis 6 M., ab Dezember 4,50 bis 6,30 M. und für Hilfsarbeiterinnen ab November 3,80 bis 5,10 M. und ab Dezember 4.— bis 5,40 M.

In der folgenden Aussprache wurden erhebliche Einwendungen gegen diese Vereinbarungen nicht geltend gemacht und bei der Abstimmung wurden sie gegen etwa 20 Stimmen angenommen. Wie mitgeteilt wurde, wird am Nachmittag auch eine Versammlung der Arbeitgeber über die Vereinbarungen beschließen.

Im Schlußwort hob Bile noch hervor, daß dieser Streik, der hoffentlich nun beendet sei, einen musterhaften Verlauf genommen, und daß durch treues Ausbarren die Kollegenchaft den Sieg in diesem großen wirtschaftlichen Kampf errungen habe.

Auch Freygang wies auf diese Tatsache hin und forderte die Kollegen auf, dafür zu sorgen, daß die immer noch abseits stehenden Berufsgenossen sich der Organisation anschließen. Wie in dem Lohnkampfe, so möge die Kollegenchaft auch bei den Stadtorordnetenwahlen einmütig zusammenstehen und ihre Stimme dafür abgeben, daß die bisherigen Erziehungsinstitutionen in der Kommunalverwaltung nicht durch reaktionäre Elemente beseitigt werden. Mit einem dreifachen Hoch auf die Holzarbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Auch die Arbeitgeberversammlung stimmte den zwischen der Verhandlungskommission getroffenen Vereinbarungen zu. Damit ist der Kampf beendet, und zwar durchaus zugunsten der Holz-

arbeiter. Am Donnerstag, den 13. Oktober, früh, wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Entscheidung in der Metallindustrie veragt.

Die Funktionäre der im Vfo-Bund vereinigten Angestellten der Berliner Metallindustrie beschlossen gestern abend in stark besuchter Versammlung in der Stadthalle, mit Rücksicht darauf, daß der Verband der Metallindustriellen der jüdischen Feiertage wegen nicht zusammenzutreten konnte, bis Freitag zu warten. Neun Zehntel der Angestellten haben sich für den Streik entschieden, falls der Unternehmerverband das ihm nach Ablehnung des Schiedspruches gestellte Ultimatum nicht annimmt. Die Unternehmer werden sich morgen darüber schlüssig werden. — Ausführlicher Bericht folgt.

Zur Bewegung im Gastwirtsgewerbe.

Der Polizeipräsident hat die Parteien zu heute nachmittags 5 Uhr zu einer Aussprache geladen über die Tätigkeit der Polizei bei dem Streik und die Bekämpfung vorkommender Ausschreitungen.

Unabhängig gehen die Unternehmer Nachrichten über Ausschreitungen in die Welt, um so die Öffentlichkeit von dem Kernpunkt der Bewegung abzulenken, ihre Weigerung, weiterhin feste Löhne zu zahlen, zu verschleiern. In wievielen Fällen das Verhalten der Unternehmer und das ihrer Günstlinge zu Differenzen mit den Streikenden und Ausgesperrten führt, sei dahingestellt. Fehlt es aber an Vorkommissionen, die als Ausschreitungen ausposaunt werden können, dann werden Ausschreitungen „gemacht“. So prangte am Montag unter den üblichen „Ausschreitungen“ obenan die Flugblattverbreitung eines jungen Mannes.

Auf Vorschlag des Berliner Magistrats hatte das Einigungsamt des Gewerbegerichts unter Vorbehalt des Magistratsrat Böbling einen Verhandlungstermin zu gestern nachmittags anberaumt. Wenn die Unternehmer auch diese Gelegenheit ungenützt ließen, um zu einer Einigung zu kommen, so beweist das, daß sie zu der Güte ihrer Argumente veräußert wenig Zutrauen haben. Sonst müßten sie wenigstens so tun als ob. Wäre es ihnen wirklich um eine Verständigung zu tun, dürften sie ja nur dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses zustimmen. Doch verlassen sie sich offenbar ganz und gar auf ihre „Ausschreitungen“ und die „Arbeitswilligen“.

Die gestrige Funktionäerversammlung der Streikenden beschloß, an die Kollegen in den geregelten Betrieben den dringenden Appell zu richten: Kein Kellner darf von nun an Trinkgeld annehmen. Wer es dennoch tut, wird ohne weiteres aus dem Verbands ausgeschlossen. Damit liefert die Streikleitung den Beweis, daß sie ernstlich das Trinkgeld beseitigt wissen will, woran nach dem ganzen Verhalten der Organisation nicht zu zweifeln ist.

Das neue Reichsverbändchen der Geschäftsführer und Hotelbeamten verkündet durch teures Inferat, daß sein Verband „ein Tarifabkommen geltend“ hat. Die streikenden Geschäftsführer und Hotelbeamten, die sich binnen 48 Stunden melden, sollen gnädigst wieder zur Arbeit zugelassen werden, wobei ihnen versichert wird, daß Streikbrecherarbeiten nicht verlangt werden. Die Streikenden haben freilich andere Auffassungen über Streikbrecherarbeiten, als die Streikbrecher. Wer zahlt übrigens die Anzeigengebühren für den Aufruf?

Trotz aller gemachten und tatsächlichen Ausschreitungen kann das Publikum sich nicht auf die Seite der Unternehmer stellen. Es dreht sich um die Sache, um den Kampf gegen die Trinkgeldsuche, und diese Sache ist es wert, die Unterföhung aller rechtlich denkenden Menschen zu finden. Jeder Arbeitgeber muß Lohn zahlen. Warum wollen die Unternehmer im Gastwirtsgewerbe keine Löhne zahlen?

Neue Lohnzulagen in der Mäntelkonfektion.

In einer am Montag im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Branchensammlung der Mäntelkonfektion des Bekleidungsarbeiterverbandes, Filiale Berlin, wurde über die Verhandlungen wegen einer neuen Teuerungszulage berichtet. Die Fabrikanten erklärten sich bereit, eine geringe Zulage zu zahlen unter folgenden Voraussetzungen:

1. Diese Lohnregelung gilt, solange Winterware angefertigt wird.

2. Die Zwischenmeister verzichten auf den 100prozentigen Aufschlag auf die Nähelöhne.

Zuerst ist ein Angebot von 15 Proz. gemacht worden, das aber von uns als nicht annehmbar bezeichnet wurde. Wir machten darauf aufmerksam, daß in den Ateliers der Stadtoeschäfte sich unsere Mitglieder unter keinen Umständen damit zufrieden geben würden. Dies bewirkte, daß die Verhandlungskommission der Fabrikanten versprach, in ihrer Generalsammlung am kommenden Donnerstag dafür einzutreten, daß auf die jetzigen Zeitlöhne ein Aufschlag von 20 Proz. gezahlt wird. Auf die Stücklöhne würden dies anstatt 225 jetzt 290 Proz. sein. Die Versammelten nahmen dann eine von dem Kollegen Halle eingereichte Resolution mit Mehrheit an, die in der Hauptfrage besagt: Die Versammelten betrachten die Gewährung einer 20prozentigen Teuerungszulage auf die jetzigen Löhne als die mindest annehmbare Summe und erwarten, daß die Generalsammlung der Fabrikanten

diesem Vorschlage zustimmt. Wenn die Fabrikanten dem Antrage ihres Vorstandes zustimmen, betragen die Zulagen: für Männer pro Woche 61 M., für Frauen pro Woche 51 M. bis herunter zu 27 M. Dasselben würden das erstmalig für die Woche vom 10. bis 15. Oktober d. J. ausgezahlt werden.

Frieden im Glas- und keramischen Großhandel.

Am Sonntag vormittag nahm eine sehr gut besuchte Versammlung der im Glas- und keramischen Großhandel beschäftigten gewerblichen Arbeiter Stellung zu dem durch Schiedspruch vom 6. Oktober festgelegten neuen Lohnabkommen. Die Arbeitgeber hatten in letzter Stunde ihre Bereitwilligkeit erklärt, in einzelnen von der Organisation bezeichneten Positionen über den Schiedspruch hinaus zu gehen. Die Versammlung stimmte nach langer, sachlicher Diskussion dem so geschaffenen neuen Lohnabkommen zu.

Tarifverträge sowie nähere Auskunft beim Deutschen Transportarbeiterverband, Engelauer 24/25, Zimmer 33.

Zentralverband der Angestellten. Donnerstag: Organisations-Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18. — Festl-Bekleidung: Fachgruppenversammlung 7 Uhr in den Rüdiger-Gärten, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Jeder: Mitgliederversammlung 7 Uhr in der Reuen Pflaumenstr. 96/97.

Fachgruppen: Donnerstag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer, Brandenburger. — Wieviel Stunden soll pro Woche in den Bildhauerzimmern gearbeitet werden?

Zentralverband der Hausangestellten. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulstraße Winterfeldstr. 16. Erscheinen aller Mitglieder ergebend.

Transportarbeiterverband. Sanbeschäftigte Arbeiter und -arbeiterinnen der Gruppe „D“ aus den Engrosbetrieben der Herrenschne- und Strammattenbranche. Donnerstag abend 9 1/2 Uhr bei Witt, Poststr. 20, Gruppenversammlung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. 14. Verwaltungsbegriff: Neu-Mün. Platz, Audow, Sudow. Donnerstag 7 Uhr im Karlogarten, Karlogartenstraße, Bezirksversammlung. Zahlreiches Erscheinen Pflicht!

Metallarbeiterverband. Außenmonteurkommission. Donnerstag abend 6 Uhr im Verbandsbureau, Lindenstr. 8/8a, Zimmer 14, Sitzung. Wir bitten sämtliche Mitglieder der Kommission, bestimmt zu erscheinen.

Verants für den bezahl. Teil: Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Anzeigen: 29. Wode, Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Seiten 1-8 Blatt.

DUNLOP

Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

ärztlich empfohlen gegen:

Jogal	Sicht Rheuma Jodias	Gegenschuß Nerven- und Kopfschmerzen
--------------	---------------------------	--

Jogal stillt prompt die Schmerzen, scheidet die Gärnsäure aus und geht direkt zur Wurzel des Uebels. Keine schädlichen Nebenwirkungen. Klinisch erprobt! In allen Apotheken erhältlich.

Panflavin-Pastillen

(sel. geschützt)

zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle besonders bei

Grippe, Heiserkeit, Halsentzündung, Verschleimung.

Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien.

Volksbekleidungs- Gesellschaft m. b. H.

BERLIN N. 24 • FRIEDRICHSTRASSE NR. 110-112 •

Verkauf im 2. Stock / Fahrstuhlbenutzung • Gegenüber der Karlstraße • Kein Laden / Geöffnet von 8 1/2 bis 6 1/2 Uhr

Trotz Preissteigerung

noch erstaunlich preiswerte Angebote in Herren- und Damen-Konfektion eigener Herstellung

<h3 style="font-size: 1.5em; margin: 0;">Damen-Kleidung</h3> <p style="font-size: 0.8em; margin: 0 0 0 20px;">Elegante Mäntel ^{aus Eskimo} und Affenhaut, reich garniert, beste Verarbeitung Mk. 795.—, 725.— 650.—</p> <p style="font-size: 0.8em; margin: 0 0 0 20px;">Winter-Mäntel ^{warme, mollige} Flauschstoffe u. Cheviots, kleidsame Machart . Mk. 450.—, 275.—, 195.— 175.—</p> <p style="font-size: 0.8em; margin: 0 0 0 20px;">Kinder- u. Backfisch-Mäntel ^{aus weichen, wolligen Flausch- u. Phantasiestoffen, in weiten, modern. Formen, Mk. 325.—, 175.—, 165.—} 107.—</p>	<h3 style="font-size: 1.5em; margin: 0;">Stoffe</h3> <p style="font-size: 0.8em; margin: 0 0 0 20px;">für Anzüge, Kostüme, Kleider und Blusen-Baumwollstoffe aller Art</p> <p style="font-size: 0.8em; margin: 0 0 0 20px;">Wäsche und Trikotagen in grosser Auswahl</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; font-size: 0.8em; margin: 10px auto; width: 80%;">Jeden Mittwoch billiger Restverkauf</div>	<h3 style="font-size: 1.5em; margin: 0;">Herren-Kleidung</h3> <p style="font-size: 0.8em; margin: 0 0 0 20px;">Herren-Raglans u. Schlüpfer ^{aus pa. Flausch u. Phantasiestoffen, einfarbig und modern gemustert} Mk. 1200.—, 1000.—, 750.— 395.—</p> <p style="font-size: 0.8em; margin: 0 0 0 20px;">Jackett-Anzüge ^{neuezeitige Formen, halbt. Stoffe, gute Verarbeitung., riesige Auswahl} Mk. 888.—, 760.—, 450.— 350.—</p> <p style="font-size: 0.8em; margin: 0 0 0 20px;">Knaben-Anzüge ^{Schlupf-Jacken und Joppenform, aus Resten gefertigt, ganz besonders preiswert, Größe I} Mk. 175.—, 135.—, 95.— 60.—</p>
--	---	---

Die Wahlen in Berlin!

Von Hugo Heimann.

Wie anders zündet heut dieser Ruf in der Groß-Berliner Bevölkerung, als noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit. Früher vollkommene Gleichgültigkeit in der Masse der Bevölkerung gegenüber allen kommunalen Geschehnissen, heut ein Parteigetriebe und eine Erregung, wie sonst kaum vor Wahlen zu beobachtenden Körperschaften. Diese durch die freiheitlichen Erregungseigenschaften des 9. November herbeigeführte Politisierung der Bevölkerung ist ein sehr wesentliches Ergebnis der Revolution, das nie wieder rückgängig gemacht werden kann.

Die kommenden Wahlen am 16. Oktober ziehen aber ihre hohe Bedeutung nicht nur aus Ursachen allgemeiner Art, nicht nur, weil Groß-Berlin jetzt das größte, mit weitgehenden autonomen Befugnissen ausgestattete kommunale Gebilde Deutschlands ist, sondern es tritt ein besonderer Grund hinzu, der den Ausgang dieser Wahlen so überaus wichtig macht.

Seit den Preußenwahlen im Februar dieses Jahres, aus denen die Sozialdemokratische Partei doppelt so stark hervorging wie Unabhängige und Kommunisten zusammengenommen, haben in Preußen keine öffentlichen Wahlen stattgefunden. Seitdem haben die Rechtsparteien, insbesondere die Deutschnationale Volkspartei, eine Hez- und Wühlarbeit gegen die Grundlagen der demokratischen Republik und ihre hervorragendsten Träger entfacht, wie sie selbst in unserem so verkümmerten deutschen Parteileben bisher ungelannt war. Die Wahlen am 16. Oktober werden nun zeigen, wie die Groß-Berliner Bevölkerung zur demokratischen Republik steht, und da diese Frage für zunächst absehbare Zeit die Schicksalsfrage für Deutschland ist, so wird der Ausgang der Wahlen nicht nur in Deutschland, sondern weit über die deutschen Grenzen hinaus die höchste Beachtung finden.

Die Sozialdemokratische Partei kann mit Stolz und Genugtuung sich als den Eckpfeiler bezeichnen, auf dem die demokratische Republik in Deutschland ruht. Es gibt keine andere Partei, die gleich ihr von Beginn an fest und unverrückbar auf dem Boden der demokratischen Republik gestanden hätte. Ein Wähler also, der am 16. Oktober ein Bekenntnis für die demokratisch-republikanische Staatsform ablegen will, kann das gar nicht besser, eindringlicher und sicherer tun, als durch Stimmabgabe für die sozialdemokratische Liste.

Neben der politischen Bedeutung der Wahl steht ihre wirtschaftliche Bedeutung für die minderbemittelte Bevölkerung. In geschlossener Front kämpfen alle bürgerlichen Parteien gegen die sozialistische Verwaltung, der sie Unfruchtbarkeit, Unfähigkeit oder noch Schlimmeres vorwerfen, und sie suchen mit allen Mitteln die sozialistische Mehrheit zu beseitigen, um auch in der Gemeinde dem Privateigentum wieder ein uneingeschränktes Betätigungsgebiet zu eröffnen. Demgegenüber muß im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung das Hauptziel unserer Arbeit bei diesen Wahlen sein, daß die sozialistische Mehrheit nicht verloren geht, und daß sie geleitet wird von einer starken, an Zahl und Kräften überlegenden sozialdemokratischen Fraktion. Dann, nur dann wird die Gewähr gegeben sein, daß wir in Berlin einer Zeit stetiger, organischer Entwicklung entgegengehen, und daß wir die kaum begonnene Politik weiterführen und fördern können. Die bürgerlichen Parteien wissen genau, aus welchen Gründen es uns bisher nicht gelingen konnte, wesentlich Neues zu schaffen. Durchgreifendes zugunsten der Minderbemittelten zu tun. Wir haben ein durch den Krieg in seinen Finanzen und seinen Betrieben zerrüttetes Gemeinwesen übernommen, haben kaum ein Jahr sozialistischer Verwaltung hinter uns, und mußten uns in dieser kurzen Zeit all der Erschütterungen erwehren, die durch die Volkseigenen von rechts und links bewirkt und gewollt unausgeleitet in die städtische Verwaltung hineingetragen wurden.

Trotz all dieser großen Hindernisse und Erschwerungen sind verheißungsvolle Anfänge gemacht, Grundlagen gelegt

worden, auf denen zum Wohl der breiten Massen weitergebaut werden kann. Aber alle bisherigen Bemühungen würden vergeblich sein, wenn es der geschlossenen Front unserer bürgerlichen Gegner gelänge, die sozialistische Mehrheit zu beseitigen. Wie aus politischen, so kann daher auch aus wirtschaftlichen Gründen die Berliner Bevölkerung die kommenden Wahlen gar nicht hoch genug bewerten, und wer in politischer Beziehung die freiheitlichen Erregungseigenschaften der Selbstverwaltung ausbauen, in wirtschaftlicher Hinsicht schon in der Gemeinde die Grundlage für den organischen Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung legen will, der stimme am 16. Oktober für die

Liste der Sozialdemokratischen Partei!

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Der nächste Sonntag, der 16. Oktober, ist für Berlin ein Kampftag von ungeheurer Bedeutung. Die Wählererschaft entscheidet, ob die Berliner Stadtverwaltung in Zukunft von Republikanern und Sozialisten oder von Monarchisten und Reaktionsären geleitet werden soll.

Unsere Aufgabe ist es, jede Laune in der Arbeiterkassen zu vermeiden. Jede Stimme ist kostbar für die Entscheidung, zur Sicherung der sozialistischen Mehrheit.

Wählt deshalb nicht nur selbst, sondern agitiert unablässig bis zum Wahltag und stellt Euch für den Wahltag zur Mitarbeit zur Verfügung. Meldet Euch rechtzeitig bei Eurer Abteilungsleiter.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin der SPD.

Jugendverwahrlosung.

Was Deutschnationale „unwiderleglichen Beweis“ nennen!

Den Kampf um das Rathaus führen die Gegner der Sozialdemokratie mit einer unerhörten Heftigkeit. In Zeitungsartikeln, Flugblättern und Versammlungsreden geben sie ein wüthendes Gemisch von Unwissenheit und Verlogenheit, um die Gemeinbewähler einzusangen.

Aus vielen Proben sei eine, die wir in einem Flugblatt der Deutschnationalen Volkspartei finden, hier festgenagelt. Darin steht zu lesen: „Seit der Revolution befindet sich das einst so blühende Schulwesen der Reichshauptstadt in unaufhaltbarem Verfall. Unwiderleglicher Beweis hierfür ist die erschreckend zunehmende Verrohung und Verwilderung der Jugend, wie sie in der Kriminalstatistik ihren beredten Ausdruck findet.“

Wie?! Erst „seit der Revolution“ soll dieser „unwiderlegliche Beweis“ für den „unaufhaltbaren Verfall“ des Berliner Schulwesens zu bemerken gewesen sein? Erst „seit der Revolution“ soll die „erschreckend zunehmende Verrohung und Verwilderung der Jugend“ aufgetreten sein und in der Kriminalstatistik ihren Ausdruck gefunden haben? Wem fielen hier nicht ein, wie sehr der

verderbliche Einfluß des Krieges auf die Jugend

sich schon bald nach Kriegsausbruch geltend machte! Je länger der Krieg dauerte, desto mehr bekamen die Jugendgerichte zu tun und die Heberweisungen in Fürsorgeerziehung häuften sich. Den Kindern und Halbwüchsligen fehlte das Elternhaus, weil der Vater im Schützengraben lag und die Mutter in der Munitionsfabrik schuftete. Die Schule konnte keine Erziehungsarbeit leisten, weil sie Siegesfeiern zu veranstalten hatte, ihre Räume als Kasernen benutzt wurden und die Kinder ihre Zeit mit allerlei Sammlungen verträdeln mußten. Damals, wo in Berlin über hundert Gemeindschulhäuser mit Soldaten besetzt waren, geriet das Schulwesen in Verfall. Von damals datiert der rasche Rückzug der Unterrichtsfolge, den das Flugblatt der Deutschnationalen aufs Konto legt. Und damals begann die Verrohung der Schulverhältnisse, die von der Schuldeputation selbst schon in ihrem Bericht über das Schuljahr 1916/17 aus den Verhältnissen des Krieges erklärt wurde, während jetzt das Flugblatt der Deutsch-

nationalen dreist auch diese Erscheinung als eine Folge der Revolution hinzustellen versucht.

Alle diese Dinge hat der „Vorwärts“ noch während des Krieges in den Jahren 1917 und 1918 besprochen und mit Zahlen belegt, ungeachtet der dauernden Bemühungen des Oberkommandos, die öffentliche Erörterung der durch den Krieg verursachten wirtschaftlichen und sittlichen Schäden zu verhindern. Wissen die Deutschnationalen nicht mehr, wie sehr damals sogar ihr eigener, die höheren Schulen besuchender Nachwuchs verwahrloste? Um in den Straßen die Feststellung der Personalien jugendlicher Romdys aus höheren Schulen zu erleichtern, glaubte der Magistrat, für die Schüler und auch für die Schülerinnen dieser Anstalten besondere Legitimationstafeln einführen zu sollen, die sie stets bei sich zu tragen hätten. Doch

heute soll das alles nicht mehr wahr sein.

Heute soll an der Verrohung der Jugend wie der Erwachsenen nicht der Krieg schuld sein, sondern die Revolution und die Herrschaft der Roten.

Mit solchen Mitteln betreiben die Deutschnationalen ihre Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen. Was die Monarchie und der Krieg über uns gebracht haben, möchten sie der Revolution und der Republik zur Last legen. Und das tun dieselben Kreise, die zum Kriege begehrt, den Verständigungsfrieden hintertrieben und das deutsche Volk in Unglück und Elend gestürzt haben.

Soll es dieser Gesellschaft gelingen, die sozialistische Mehrheit im Rathaus zu Fall zu bringen? Rimmermehr! Am 16. Oktober muß die Sozialdemokratie siegen!

Achtung, Kommunalwähler!

Wahlzeit nur von 9 bis 5 Uhr!

In weiten Kreisen der Wählerkassen herrscht die Meinung, daß die Stadtverordnetenwahlen am nächsten Sonntag in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 6 oder 7 Uhr abends stattfinden. Es sei daher ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diesmal die Wahlzeit auf die Stunden von 9 bis 5 Uhr festgesetzt ist. Nach 5 Uhr darf nur noch derjenige wählen, der sich bis zu dieser Stunde im Wahllokal eingefunden hat. Außerdem sei nochmals hervorgehoben, daß auch nur der wählen darf, der in der Wählerliste oder im Nachtrag steht. Nachdem die Wählerlisten vom 15. bis 22. September öffentlich ausgelegt haben, sind diese abgeschlossen worden. Nachträgliche Aufnahme ist nicht mehr zulässig. Wahlscheine können für diejenigen, die in die zuständige Wählerliste eingetragen, aber innerhalb Groß-Berlins inzwischen verlegen sind und aus zwingenden Gründen (Gebreden usw.) nicht in ihrem früheren zuständigen Wahllokal wählen können, nur noch bis zum 14. Oktober ausgelegt werden. Des Wahlrecht kann nur persönlich ausgeübt werden. Wähler, die durch körperliche Gebreden behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Wahlzettelumschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen. Sie müssen aber im Wahlraum selbst erscheinen. Die Wahlvorsteher können in Zweifelsfällen von den Wählern verlangen, daß sie sich über ihre Person ausweisen. Die Mitnahme ausreichender Ausweispapiere zur Wahl ist den Wählern deshalb dringend zu empfehlen.

Besechtlichkeit eines Wohnungsbeamten.

Die Tätigkeit der Wohnungsämter wurde gestern in einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I in einer Weise beleuchtet, welche vielfach die Forderung nach schleuniger Abschaffung dieser Einrichtung laut werden lassen wird.

Wegen Besechtung in zwei Fällen von der Beamtin eines Wohnungsamts, der Kaufmann Fritz Kaestlich, angeklagt. Ein Kaufmann Bernstiel, ein mehrfacher Millionär, hatte eine bisher von der bekannten Gräfin Wartenleben bewohnte Villa künstlich erworben und wollte nun vom Wohnungsamt die Erlaubnis haben, die Villa beziehen zu dürfen. Der Angeklagte machte sich unter Verständnisvoller Augenblinzeln an B. heran und erklärte ihm, er sei der Vertrauensmann des Direktors Raporte und könne alles machen. Allerdings habe er sehr hohe „Spesen“, die ihm ersetzt werden müßten. Bernstiel ließ sich jedoch auf nichts ein. Auch in dem zweiten Fall der Klage blieb es bei einer an sich schon strafbaren Forderung von Besechtungsgeldern.

In der gestrigen Verhandlung kam durch Fragen des Anklagevertreters an die Zeugen zur Sprache, daß der Direktor des Wohnungsamts, Raporte, von dem ganzen Sach-

und den Rebel. Die dunklen Häuser sahen aus, als trügen sie schwarze Schleier.

Wie jeder Laut vernehmlich war und an das Herz klopfte! Jede Menschenstimme, jedes Wagenrattern, jeder Hufschlag, der auf dem Steinpflaster widerhallte. Dazwischen rief und klang etwas in der Luft: Berlin! Berlin! ...

O, es war schlimm, allein zu sein in der Regenstimmung! Lothar Franzius — Lothar ...

Nicht doch! Hatte es einer gerufen? Warum schweig es nun wieder? Sie war froh, als sie im Hause war. —

Beim Abendbrot bat Julius Görte Fräulein, noch einmal nach Neufahrwasser zu fahren. „Aber Sie müssen hin und zurück den Zug benutzen. Der Dampfer wird nicht mehr gehen. Nicht wahr, Sie sind so lebenswürdig?“ Auch wenn Fräulein nicht so lebenswürdig gewesen wäre, sie hätte doch hinausfahren müssen. Sie war müde zum Umknicken. Aber sie wagte nicht Nein zu sagen. „Gewiß, gewiß, wann fährt der Zug?“

„Nehmen Sie, bitte, mein Kursbuch. Es steckt in meinem Ueberzieher draußen.“

Thea ging sogleich hinaus und nahm das Kursbuch aus dem Mantel des Vaters. Hastig schlug sie es auf. Berlin — schnellste Verbindung — Schnellzug — Abendzug — Die Namen und Zahlen tanzten vor ihren Augen. Sprangen aus den Kolonnen heraus und wirbelten durcheinander. Sie hatte nie auf Reisen das Kursbuch lesen müssen. Es war ihr ein Buch mit sieben Siegeln.

Fräulein traf sie draußen beim Lesen. „Was suchen Sie?“

„Den Nachtschnellzug nach Berlin. Gerda fährt heute. Ich möchte gerne wissen —“ Sie wandte ihr Gesicht ab, als sie sprach.

Fräulein schlug die Seite auf und zeigte sie ihr. „Wie praktisch Sie sind,“ sagte Thea fast herzlich. Sie war Fräulein so dankbar dafür, daß sie so praktisch war ...

„Ich lege mich heute früh hin.“ Sie kitzelte die Zahlen schnell ab. „Ich glaube, ich habe eine kleine Influenza. Nur eine kleine, aber vorsichtig muß man doch sein.“

„Wollen Sie nicht etwas Aspirin nehmen?“

„Danke, ja, es wird mir gut tun.“

„Gewiß, und Sie müssen sich jetzt ja auch gesund erhalten.“

(Fortf. folgt.)

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Aber es hielt sie nicht mehr im Hause. Draußen regnete es noch immer. Ein weicher, schmelzender Regen. War es nicht herrlich, sich von ihm umsprühen zu lassen, durch die Pfützen zu patschen, sich das Gesicht von ihm kühlen zu lassen und zu laufen, zu laufen — bis alles wieder still war, alles ...

Rein, es sollte nicht still werden: Der Jubel in ihrem Herzen durfte nicht zur Ruhe kommen!

Der Dunst hing über den Gassen und schob sich wie Kullissen in sie hinein. In den schmalen Gassen war es trotz der Nachmittagsstunde dämmrig. Die hohen, hohen Häuser schatteten und drückten. Rein, es war doch nicht schön, durch den Regen zu laufen. Sie bog in die Portefaisengasse ein. Da war die Westfälische Konditorei.

Innen am Eingang lag ein graubärtiger Herr, der einen offenbar aussichtslosen Kampf mit einem widerwärtigen Napoleonskuchen kämpfte, der über den Teller zu springen versuchte.

Sie bestellte sich etwas unten am Büfett und ging die schmale eiserne Wendeltreppe empor, die zu der kleinen Galerie führte, einem echt Danziger Hängeboden. Dort standen im wohligen Halbdunkel drei Marmortischchen. Aber als sie oben war, bereute sie, daß sie hinaufgegangen war: oben lag Gerda und blätterte in einem illustrierten Blatt.

Sie jubelte, als sie Thea sah. „Ich war auf dem Weg zu dir, aber der Regen war zu böse. Nun ist es aber doppelt fein, daß wir zwei hier allein sitzen.“

Sie sprach vom gestrigen Tag, von den Reden bei Tisch: „Du, dein Vater ist wirklich ein Redner, Papa sagt es auch;“ von der Aufführung: „Die Meta hatte wieder einen Laubstod verschluckt;“ und den Tänzen — Gerda hatte den Referendar als Haupttänzer gehabt —: „Ein verrücktes Huhn! Und verliert bis über beide Ohren. Ach Gottchen! Weißt du, warum er mich gebeten hat?“

„Um ein Bielliebchen?“

„Rein, ich sollte doch nach Berlin kommen, wenn er da ist.“

Thea wurde aufmerksam. „Du sollst nach Berlin kommen?“

Gerda wurde rot. „So eine verrückte Idee, nicht wahr?“ Thea fuhr auf. „Aber gar nicht, — das heißt natürlich, wenn du ihn liebst.“

„Du hast gut reden, Thea. Du hast deinen Bräutigam.“

„Du verstehst mich nicht.“

Aber so sehr Gerda auch in sie drang, sie erklärte ihr Wort nicht. Sie hörte auch gar nicht mehr darauf, was Gerda noch erzählte und klatschte. In ihr brauste und brodelte es. Das Abenteuerliche des Gedankens betäubte und benebelte sie: Fortlaufen von hier — fort aus aller Enge der Familie in die Großstadt hinein, gleichviel, was kam. Gleichviel, was kam

Nicht zu ihm, natürlich nicht. Sie wurde rot bei diesem Verdacht, den doch niemand ausgesprochen als ihr unruhiges Herz. Sie lief niemandem nach. Aber in seiner Nähe bleiben und im großen Kreislauf der großen Stadt den neuen Weg finden — das war jetzt ihr Ziel.

Wohin der Weg führte? Ach, wer fragt denn danach. Die scheinbare Unmöglichkeit der Idee bezauberte sie und machte sie trunken. Allen ins Gesicht lachen, sich ganz allein auf die Bahn setzen, um nach Berlin zu fahren, — hatte das nicht einen überwältigenden Reiz? Was sie hier wohl sagen würden? Was diese dumme Pute, die Gerda, wohl für ein dickes Kreuz über sie schlagen würde, die ausübte, was an sie nur wie ein Schatten herangelommen war? Es würde verblüffen, als wenn der alte Repton von seinem Brunnen am Langen Markt am hellen Tag herabsteigen würde, den Dreizack schwingend.

Mitten in einem Satz Gerdas stand Thea auf und ging rasch die Wendeltreppe hinunter.

„Aber Thea!“ hörte sie Gerdas verwunderte Stimme rufen. Sie zuckte die Achseln. Was galt ihr jetzt Gerda? Sie brach jetzt mit Wichtigem. Sie hatte den Ausweg gefunden, und es war keine Zeit zu verlieren. Rein, es war wahrhaftig keine Zeit zu verlieren.

Sie zahlte mechanisch an der Kasse und hörte wie aus weiter Ferne das Klingeln des Kassenapparats. Der alte Herr unten kämpfte noch immer mit seinem Napoleonskuchen. Die Tür knarrte. Nun stand sie draußen und lief durch den Regen nach Hause. Ihren Schirm hatte sie oben in der Konditorei stehen gelassen. Der Regen fiel noch immer. Es dunkelte bereits. Die Sonne kam nicht auf gegen die Wolken

verhäft, welcher der Anklage zugrunde liegt, Kenntnis gehabt hat, trotzdem aber keine Anzeige erstattete, den Angeklagten nicht nur nicht entlassen, sondern ihn weiter in der Vertrauensstellung als Prüfer belassen hatte. Direktor Laporte befindet sich als Zeuge, daß es ihm gar nicht möglich gewesen sei, den Angeklagten zu entlassen, da jede Entlassung erst der Zustimmung des Betriebsrats bedürfe. Es seien schon öfter Fälle vorgekommen, wo Angestellte, denen Bestellungen nachgewiesen seien, nicht entlassen werden konnten, weil der Betriebsrat die Zustimmung verweigerte. Als Zeuge wurde ferner auch der Leiter des Wohnungsnachweises bei den Wohnungsämtern Strauch vernommen, gegen den ebenfalls eine Anklage wegen Bestechung erhoben ist, der aber trotzdem seinen Vertrauensposten weiter bekleidet.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berliner führte in seinem Plädoyer aus, daß im öffentlichen Interesse mit den schärfsten gesetzlichen Mitteln die auf dem Gebiete des Berliner Wohnungswesens eingerissenen Mißstände, die schon öffentliches Geheimnis seien, bekämpft werden müßten. Aus diesem Grunde beantragte er gegen den Angeklagten 2 Jahre Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte auf 9 Monate Gefängnis.

Wir folgen in der Wiedergabe des Berichts dem Wortlaut einer Gerichtsentscheidung. Nach dem Wortlaut dieses Berichts gewinnt es den Anschein, als ob Herr Laporte habe sagen wollen, daß er überhaupt nicht imstande gewesen sei, unredliche Beamte zu entlassen. Wenn aber der Betriebsrat wirklich die Entlassung eines schuldig gewordenen Beamten verweigert, so wird doch der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, wenn er angerufen wird, die Entlassung aussprechen. Es liegt also für Herrn Laporte keineswegs ein Zwang vor, einen unredlichen Beamten zu behalten.

Monarchistische Spielerei eines Bürgermeisters.

Die staatliche und kommunale Neugestaltung hat zur größten Wut aller Nationalisten und Monarchisten auch hier und da in den reaktionären Berliner Lukenwesten Besse gelegt. Das kommt in dem 10. Bezirk Zehlendorf zum Ausdruck, zu dem jetzt die ehemaligen Dorsgemeinden Zehlendorf, Nikolassee, Schlachtensee und Wannsee und der ehemalige Gutsbezirk Dahlem gehören. Einstmals hatte es ein Zehlendorfer Dorfschule fertig bekommen zu sagen, er werde alle Sozis barfuß aus Zehlendorf treiben. Heute darf zwar kein Bürgermeister derartiges laut sagen, aber daß er mildere und verständlichere Gedanken gegen die Sozialisten in seinem Busen hegte, das konnte wohl ein unerbittlicher Optimist von dem jetzigen Bezirksbürgermeister Dr. Köster hoffen, muß sich nun aber leider, jedoch noch rechtzeitig genug vor der Wahl, eines Besseren belehren lassen. Es hatte nämlich den Anschein, als ob der Bezirksbürgermeister Dr. Köster, der als solcher auf die neue deutsche republikanische Verfassung verredigt worden ist, sich, wie wohl er in der alten Zeit der stärkste Vertreter des konservativen Gedankens in Zehlendorf war, dennoch den Erfordernissen der neuen Zeit anpassen würde. Herr Dr. Köster hatte nämlich auch nach der Revolution aus seinem Amiszimmer das früher dort hängende große Bildnis Wilhelms II. entfernen lassen. Dieses Kaiserbildnis nun schmückt seit einigen Wochen wieder das Amiszimmer des Bezirksbürgermeisters im 10. Bezirk, Dr. Köster, und die Wähler dieses Bezirks haben nunmehr die Pflicht, am 16. Oktober dem Herrn Bezirksbürgermeister Dr. Köster begreiflich zu machen, daß sie durch aus keinen Sinn für derartige monarchistische Spielereien haben.

Die neuen Eisenbahntarife.

Am 1. Dezember d. J. kommen neue Eisenbahntarife zur Einführung, die nunmehr bereits feststehen. Der Mindestpreis wird nach der amtlichen Bekanntmachung 1 M. in der 3. Klasse und 1,50 M. in der zweiten Klasse für die Einzelschaffarten betragen, während der Mindestpreis für die Monatsarten 25 M. für die 3. Klasse und 40 M. für die 2. Klasse, für Schülermonatsarten die Hälfte des Preises der Monatsarten betragen wird. Der neue Mindestpreis für die Wochenarten im Vorortverkehr stellt sich auf 6,50 M.

Es kosten z. B. vom Dezember ab die Wochenarten von Berlin nach Belten 13 M., Legel 7,50 M., Oranienburg 15 M., Hermsdorf 7,50 M., Bernau 11 M., Kaulsdorf 7 M., Straußberg 13 M., Cöpenick 7 M., Friedrichshagen 8 M., Erkner 11 M., Niederschöne- weide 6,50 M., Grünau 7,50 M., Spindlersfeld 7 M., Lichterfelde- Ost und West 6,50 M., Zossen 16 M., Zehlendorf 7 M., Potsdam 13 M., Werder 16 M., Spandau 7 M. und Finkenkrug 11 M.

Für die Monatsarten 3. Klasse betragen die Preise nach Belten 51 M., Legel 29 M., Oranienburg 57 M., Hermsdorf 29 M., Bernau 41 M., Kaulsdorf 28 M., Straußberg 51 M., Cöpenick 28 M., Friedrichshagen 32 M., Erkner 44 M., Niederschöne- weide 25 M., Grünau 30 M., Spindlersfeld 28 M., Lichterfelde-Ost und West 25 M., Zossen 64 M., Zehlendorf 28 M., Potsdam 49 M., Werder 72 M., Spandau 28 M. und Finkenkrug 42 M.

Die Preise der Schülermonatsarten können aus den vorstehenden neuen Preisen leicht errechnet werden; sie kosten die Hälfte der entsprechenden Monatsarten unter Aufrechnung auf volle Mark.

Der große Heiratsschwindler Egon von Häusler, der, wie wir berichteten, im Frühjahr d. J. mit seinen Helfershelfern in Leipzig dinstig gemacht wurde, dann aber auf dem Transport von dort nach Berlin seinem Begleiter entsprang, ist gestern hier wieder hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Die Heiratsermittlungen des Schwindlers, der sich Rechtskonsulent nennt, erregten nicht wenig Aufsehen. Er halte es verstanden, eine ganze Reihe vermöglicher Damen mit falschen Grafen und anderen Personen mit hoch klingendem Titel und Namen zu verheiraten. Seine Helfershelfer verschah er mit ausreichenden Papieren und diese traten dann mit heiratstüchtigen Damen in Verbindung. Nach seiner Flucht sandte das Sonder-Degetrat für Bekämpfung der Heiratsschwindler vergeblich auf von Häusler. Gestern endlich fanden die Beamten eine Spur und nahmen ihn nach einem abermaligen, aber vergeblich verlaufenen Fluchtversuch fest.

Einbruch bei Baer Sohn. Einbrecher haben erneut den Kleider- werken Baer Sohn, Chausseest. 29/30, einen Besuch abgestattet. Genau wie bei dem letzten Einbruch sind sie von dem Nachbargrundstück, dem Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater aus, über das Dach geklettert, haben in das Dach in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag eine Öffnung geschnitten und sind durch diese in die Werkstatträume der Firma gelangt. Dort entwendeten sie eine Anzahl der Firma zur Abänderung übergebener Kleidungsstücke und andere Sachen.

Notruf einer Mutter. Ein 16-jähriges Mädchen namens Hannchen Wilczynski ist seit dem 26. September aus Furcht vor Strafe aus der eiterlichen Wohnung, SO. 26, Reichenberger Str. 184, 2 Tr.,

verschwunden. Das junge Mädchen war bekleidet mit weißer Unterwäsche, weißem Kleid, hellbraunem Sommermantel und schwarzer Samtkappe, garniert mit blauem Band. Die Mutter richtet besonders an die Frauenwelt die Bitte, falls ihnen bei ihren Einkäufen ein Mädchen in der beschriebenen Bekleidung begegnen sollte, es anzuhalten, der nächsten Schupo zu übergeben oder die Mutter zu benachrichtigen.

Zur Erinnerung an den 100. Geburtstag Rudolf Virchows veranstaltet der „Verein für Volkshygiene Groß-Berlin (G. V.), Orts-

Große öffentliche Wählerversammlungen!

Heute, Mittwoch, den 12. Oktober:

4. Kreis: Prenzlauer Tor, 24. Abteilung: 7 1/2 Uhr in der Schulaula, Christburg Str. 14. Thema: „Die Aufgaben des Stadtparlaments“. Referent: Dr. Borchardt, Stadtverordneter. 28. und 29. Abteilung: 7 Uhr, Schulaula, Senefelderstr. 6. Thema: „In letzter Stunde“. Referent: Kurt Helwig, Charlottenburg, 58. Abteilung: 7 Uhr in der Aula der 7. und 8. Gemeindefschule, Joachimsthaler Str. 32. Thema: „Die politische Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen und die Sozialdemokratie“. Referent: Robert Dreuer, Freie Aussprache.
7. Kreis: Siemensstadt: 7 1/2 Uhr im Restaurant Heidekrug, Inhaber Marlandt, Nonnendamm-Allee 89. Thema: „Vor der Entscheidung“. Referent: Fritz Mäntner, Stadtverordneter.
15. Kreis: Adlershof: 7 1/2 Uhr bei Wöllstein, „Volksgarten“. Bismarckstr. Thema: „Vor der Entscheidung“. Referent: Bürgermeister Karl Wermuth.
16. Kreis: Friedrichshagen: 7 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus (Inhaber Schröder), Friedelshöhe, 137. Thema: „Vor der Entscheidung“. Referent: Hermann Silberstein, M. d. R.
17. Kreis: Kaulsdorf-Süd: 7 1/2 Uhr im Restaurant Sanssouci, Mollkestr. 1. Thema: „Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen“. Referent: Stadtverordneter Fritz Vrolat.

Morgen, Donnerstag, den 13. Oktober, mit dem Thema: „Vor der Entscheidung“!

2. Kreis: Tiergarten: 7 Uhr Schulaula, Pallasstr. 15. Referent: Hedwig Wachenheim.
3. Kreis: Wedding: 7 Uhr Pharusstraße, Müllerstr. 142. Referent: H. Mollenhuth, M. d. R.
4. Kreis: Prenzlauer Tor: 7 Uhr Bölow-Bräuerei, Prenzlauer Allee. Referent: R. Dreuer.
5. Kreis: 7 Uhr in den Prachtzügen des Ostens, Frankfurter Allee 48. Große öffentliche Beamtenversammlung. Referent: Legationsrat Dr. Zechlin.
6. Kreis: Heiliches Tor: 7 Uhr Allems Festsäle, Hasenheide 13. Referent: C. Haenisch, Kultusminister a. D.
7. Kreis: Charlottenburg: 7 Uhr Kaiser-Friedrich-Zell, Berliner Ede Brauhausstr. Referent: Dr. Kallmann.
9. Kreis: Schmögenberg: 7 1/2 Uhr Goethe-Cyzeum, Spandauer Straße. Referent: Frau Bohm-Schub, M. d. R.
10. Kreis: Dahlem: 8 Uhr bei Schilling, Königin-Luise-Straße 42. Referent: Otto Braun, Landwirtschaftsminister a. D.
12. Kreis: Steglitz: 8 Uhr Gymnasium Heeselt. Referent: Karl Wermuth, Bürgermeister.
12. Kreis: Lichterfelde: 7 1/2 Uhr bei Schnabel (Alter Dorfteug), Hindenburgdam 104. Thema: „Wie wollen kein national-liberales Berlin!“ Referent: Kurt Helwig.
13. Kreis: Marienfelde: 8 Uhr bei Modenhauer, Berliner Str. 114. Thema: „Im Kampf gegen die Reaktion, vor der Entscheidung“. Referent: Stadtverordneter Ewald.
14. Kreis: Britz: 7 1/2 Uhr bei Beders Festsaal, Chausseest. Referent: Otto Frank, Stadtrat.
15. Kreis: Baumshuldenweg: 7 1/2 Uhr Aula des Cyzeums, Baumshuldenweg. Referent: Landtagsabg. Geppmann.
15. Kreis: Oberschöne- weide: 7 1/2 Uhr Aula des Realgymnasiums, Juppelstr. Referent: Stadtrat Wagt.
15. Kreis: Alt-Gieselde: 7 1/2 Uhr bei Bohn, Oranauer Str. 54. Referent: Dr. Lohmann.
16. Kreis: Cöpenick: 7 1/2 Uhr im großen Saal des Stadttheaters, Alter Markt. Referent: Meyer und Galle. Thema: „Der Kampf ums rote Haus in Berlin.“
16. Kreis: Bohnsdorf: 7 1/2 Uhr bei Sill, Kräber Höft, Schulendorfer Straße. Referent: Jakob Altmaier.
17. Kreis: Karsdorf: 7 1/2 Uhr im „Firschenhaus“, Treseow-Allee Ede Angulie-Victoria-Str. Referent: Dr. Fritz Karfen. Thema: „Der Kampf ums Schulproblem im Berliner Stadtparlament.“
19. Kreis: Heinersdorf: 7 1/2 Uhr bei Lude, Kaiser-Wilhelm- Ede Blankenburger Straße. Referent: Frau Dr. Wegscheider-Ziegler, M. d. R.
20. Kreis: Borsigwalde: 7 1/2 Uhr in den Borsigwalder Festsälen, Spandauer, Ede Conradstr. Referent: Erwin Barth.
20. Kreis: Rosenhal: 7 Uhr bei Schneider, Hauptstr. 3. Referent: Dr. Ostrowski.
20. Kreis: Tegeler: 7 1/2 Uhr bei Hermann, Scharfenbergstr. 31. Referent: Arthur Häußler.
20. Kreis: Waldmannslust: 7 1/2 Uhr bei Kril, am Bahnhof. Referent: H. Vierbücher.

gruppe des Deutschen Vereins für Volkshygiene, am Donnerstag, den 13. Oktober 1921, abends 8 Uhr, im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W. 35, Potsdamer Str. 120, eine kleine Gedächtnisfeier, bei der der Regierungsrat Dr. Hesse über „Virchow als Sozialhygieniker“ sprechen wird. Der Zutritt steht jedermann unentgeltlich frei.

Neue Steuerläse. In Nürnberg hat man eine Steuer auf Fohrstühle eingeführt. Sie beträgt jährlich 250 M. bei 250 bis 450 Kilo Tragkraft, 150 M. unter 250 Kilo Tragkraft.

Die Gläubigerversammlung in der Konkursfache Klante findet nach einer Mitteilung des Konkursverwalters nicht am 12. Oktober, sondern am 27. Oktober statt.

Ueberstunden für Oppau. Dank der Opferschuldigkeit der gesamten Arbeitnehmerchaft (einschließlich Angestellte) der Firma Effen u. Co., chemische Fabrik, Mühlendek bei Berlin, durch Leistung zweier Extrastunden sind rund 500 M. erarbeitet worden. Die Firma hat diesen Betrag auf 1000 M. erhöht und ihn dem Reichshilfsauschuß für Oppau zur Verfügung gestellt.

Staatstheater, Schauspielhaus Neußlin. Die am 14. Oktober d. J. in der Neuen Welt stattfindende Theateraufführung „Stroh“ und „Fliege“ beginnt um 1/2 8 Uhr (nicht um 7 Uhr). Karten sind in den durch Säulenanschlag bekanntgegebenen Verkaufsstellen erhältlich.

Der Vortragshörer Seuff Georgi veranstaltete am Sonntag abend im dicht besetzten Veckow-Saal einen humoristischen Vortragsabend. Seuff-Georgi hat sich einen eigenen Stil zurechtgelegt, durch den er in ständigem Konnex mit seinem Publikum bleibt. Man hat das Empfinden, als ob er aus jahrelanger Vortragstätigkeit alle die Stücke herausgeholt hat, die unbedingt Erfolg bringen. Und so kommt es, daß jedes einzelne Vortragsglied — er arbeitete am Sonntag ohne Programm — Erfolg hatte. Er weiß, daß die Leute Lustiges hören und daß sie lachen wollen und — er bringt sie zum Lachen.

Filmschau.

Der müde Tod. Der Schicksalsfilm dieses Decca-Films konnte nicht ganz klar zum bildlichen Ausdruck gelangen. Hier aber ist Reuland betreten worden und diese Feststellung kann deshalb nicht als Tadel gelten. Der achte und der letzte Akt, die Szenen des Mädchens mit dem Tode, sind wohl mit das Stärkste und Bedeutsame, was der deutsche Film bisher geboten. Nichts Schauriges, nichts Sensationelles. Es geht eine große Linie tiefsten Ernstes und philosophischer, aber noch religiöser Deutung durch den Film. Das Ganze ist reizvoll und mit bestem Einklang gefunden in das Gewand und das Milieu der alten deutschen Volkstümlichkeit verpackt worden. Dem geheimnisvollen Fremden, dem Tod, der in mancherlei Gestalt auftritt, ließ Bernhard Götz ein eindringliches Klagelied und Spiel, während Hil D'ag o o m als deutsches Mädchen, Hochammediant, Renaissancezeitlein und Chinesin wirkte. Als Mädchen im Kampf mit dem Tod um den Geliebten gab sie Grotesk und Bedeutsames. Walter Janssen, E. d. B. Interkain und Alin Roggi boten eindrucksvolle Typen. Die Photographie war nicht immer gleichwertig, aber im allgemeinen lobenswert. Dem Regisseur Fritz Lang a gedüht hohes Lob. Ganz unerschütterlich nur war die Begleitmusik zu diesen auf Innerlichkeit gestellten Szenen. Derbe Musikschreibern und lustiger Gaunerspiel in den Szenen zwischen Tod und Mädchen sind Unken. Man sehe dafür Harmonium, Streicher und Holzbläser ein. Der Film läuft im U. L. Kurfürstendamm.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Heute, Mittwoch, den 12. Oktober:

11. Wkt. (früher 30.). 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Berger, Reschow, Ede Jagowstraße. „Mittwoch“. Ref. Thieme, Gachde, Schade. Wahlangelegenheiten.
22. Wkt. (früher 47.). Flugblattverbreitung am Mittwoch ab 5 Uhr nachmittags. Ref. Albrecht Str. 10, bei Kochan, Brühlstr. 43 und der Zimmer, Buchstr. 2.
27. Wkt. (früher 52.). 7 1/2 Uhr Schulaula Sonnenburger Str. 20. Thema: „Die Schuld am Weltkrieg“. Ref. H. Wilms.
30. Wkt. 7 1/2 Uhr Schulaula Doppel-allee 64. Thema: „Schulfragen“. Ref. Stadtschulrat Kramm.
34. Wkt. (früher 20.). 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung im Schauspielhaus, Berliner Str. 4. 1. Vortrag: 2. Entscheidung der Wahlarbeiten.
42. Wkt. (früher 7.). 7 1/2 Uhr Altes Theater, Altes Theater. 61. Thema: „Mißfahret- stieg“. Ref. Marie Janssen, M. d. R.
55. Wkt. Charlottenburg. Der Jahlabend der 9. Gruppe findet nicht Donnerstag, sondern Mittwoch, den 12. Oktober, bei Reiner, Wilmsdorfer Str. 21, statt.
67. Wkt. Grunewald. 7 Uhr Mitgliederversammlung im Eubens-Restaurant, Suburbansoberstraße. Vorbereitung und Verteilung der Wahlarbeiten. Neußlin. 89. Wkt. Jahlabend in den bekannten Lokalen. Die Mitglieder werden ersucht, die Flugblätter vorher bei Schilling, Borsigstr. 21. — 10. Wkt. Jahlabend abends 7 1/2 Uhr in den Bezirken in folgenden Lokalen: 30. und 37. Bezirk bei Berger, Treptower Str. 30; 36. und 38. Bezirk bei Ruppel, Kaiser-Friedrich-Str. 179; 41. und 65. Bezirk bei Hoffmann, Treptower Straße 26; 82. Bezirk bei Reuter, Kaiser-Friedrich-Str. 148; 88. und 97. Bezirk bei Amulungen, Schwanenstraße; 84. Bezirk bei Gänzel, Rote- straße 1; 95. Bezirk bei Wölke, Schwanenstraße; 98. und 99. Bezirk bei Schmidt, Conrath, 20; 99. Bezirk bei Borchardt, Thüringer Str. 21. — 57. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabend in folgenden Lokalen: 79. Bezirk bei Ruppel, Reineke, 1; 80. Bezirk bei Aren, Hermannstr. 178, Ede Thomaststraße; 90. und 91. Bezirk bei Rott, Barthstr. 14; 92. und 104. Bezirk bei Schulz, Amser Str. 100; 105. Bezirk bei Krüger, Amser Str. 88/87; 106. Bezirk bei Altmann, Steinfriedstr. 48. Erhalten unbedingt erforderlich.
108. Wkt. Johannisthal. 8 Uhr bei Gubin Wählvereinsgruppe. Zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich.
125. Wkt. Weidenau. 7 1/2 Uhr Bezirksabend in folgenden Lokalen: 1. Bezirk bei Reimann, Weidenau, 2. Bezirk bei Götze, Charlottenburger Str. 9; 3. Bezirk bei Wiedrich, Langenhöhe, 62; 4. Bezirk bei Gamm, Eubens- burger Str. 2. Thema in allen Bezirken: „Stellennahme zur Wahl“.
141. Wkt. Rosenhal. 7 Uhr Flugblattverbreitung bei Wiedrich.
142. Wkt. Neußlin. 7 Uhr Jahlabend für folgende Bezirke: 107, 108, 114 bei Pollack, Amserstr. 34.

670. Wkt. Kaulsdorf. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 15. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Bägerheim, Wilschauer Str. 23/24. Ausgabe der Karten für das Konzert am 20. November; ferner Anschlag am U. S. V. und Beschließens. Unbedingt Erscheinen der Delegierten notwendig.

Morgen, Donnerstag, den 13. Oktober:

25. Wkt. (früher 23.). Flugblattverbreitung von folgenden Lokalen aus: Goll, Anigrode, Ede Borsigwalderstraße; Kuberser, Friedeburger Str. 1; Eubinger Allee, Eubinger Str. 49; Sonnabend, Eubinger Str. 15; Schödel, Cöpenicus, Ede Throner Straße. Samtliche Genossen müssen sich am Sonnabend, den 15. d. M., von 6 Uhr ab Ansigrode bei Goll zur Wahlhilfe melden.
26. Wkt. Mariendorf. Um 6 Uhr treffen sich die Genossen in den Bezirkslokalen zur Flugblattverbreitung. Frage Beteiligung wird erwartet.
28. Wkt. Neußlin. 7 Uhr Jahlabend für folgende Bezirke: 107, 108, 114 bei Pollack, Amserstr. 34.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: SO. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Hpt. 121 08-10.

Heute, Mittwoch, den 12. Oktober:

Buchholz. Jugendheim Schule Berliner Str. 19. Vortrag: „Die Jugend- international“. — Friedrichshagen. Jugendheim Schulstraße Rummelsburger Straße. Diskussion: „Warum bin ich in der Arbeiterjugend“. — Piesport. Jugendheim Senefelderstr. 6. Vortrag: „Antisemitismus“. — Schön- hauer Vorstadt II. Schule Grellengänger Str. 59. Mitgliederversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutscher Studentenbund. Öffentliche Versammlung am Freitag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr. Vortrag von Dr. Max Peil in der Stadthalle, Berlin, Reichstraße, über das Thema: „Glaube — Überzeugung — Wissen“. Dem Vortrag folgt freie Diskussion. — Kranenfelde bei Neußlin. Jugendheim, Berlin I. Donnerstags, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Müller, Frankfurter Allee 1 — Arbeiter-Gruppen. Mittwoch, den 12. Oktober, Aufseherstraße, 7 1/2 Uhr bei Stephanstr. 77, III, Katholische Schule. — Mariendorf. Berlin W. 19. Donnerstags, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Kaulsdorf, 13. Öffentliche Mitgliederversammlung für Baden- inhaber und Gemeindefreunde. Thema: 1900 Prozent Mitgliederhöhung in Licht. — Mariendorf bei Neußlin. Öffentliche Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der Chemische-Schule, Borsigwalderstr. 1900 Prozent Mitgliederhöhung in Licht Was wird? Vortragender Boris, I. Vorsitzender des Mariendorfvereins Schöneberg.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. Aurosch am 8. Oktober 461,50 M. — G. S. M. Der Roman hat S. Stegmann zum Verfasser; er ist unter dem Titel „Aurosch“ bei C. F. Pfeiffer u. Co., Berlin, als Buch erschienen. — E. 28. Wir besorgen das Bild von der Firma Wierthel, Berlin, Wilschauer-Str. 82; wenden Sie sich an diese An- stalt, sie wird Ihnen über die gewünschte Auskunft geben können.

Wetterbericht bis Donnerstag mittag. Zeitweise neblig, sonst trocken und vielach heiter, in den Mittagsstunden mäßig warm.



